

HESSEN KURIER



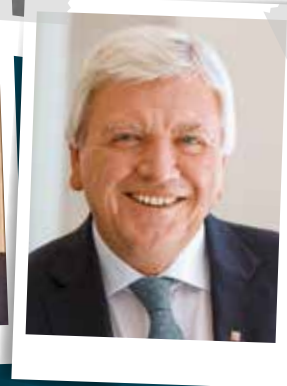
JUBILÄUMSAUSGABE

NOVEMBER 2020

60. JAHRGANG

75 Jahre

CDU Hessen





Wir geben Menschen
Sicherheit.

Als Deutschlands größte eigenständige Finanzberatung übernehmen wir Verantwortung für unsere rund 8 Mio. Kunden. Mit erstklassigen Produkten zur Absicherung und Vorsorge. Mit exzellenter Beratung individuell nach

den Wünschen und Zielen des Kunden. Mit Karriereperspektiven in einem verantwortungsvollen Beruf. Und das seit 45 Jahren.



Deutsche
Vermögensberatung

Informieren Sie sich bei unserer kostenlosen Kundenhotline unter: **0800 3824000**
oder finden Sie Ihren persönlichen Vermögensberater unter: **www.dvag.de**



CDU HESSEN – SEIT 75 JAHREN **HESSISCHE VOLKSPARTEI**

Liebe Leserinnen und Leser des HessenKurier,

mit Freude und Stolz blickt die CDU Hessen selbstbewusst auf 75 Jahre zurück, die seit ihrer Gründung am 25. November 1945 in Frankfurt am Main vergangen sind.

Nach wie vor imponiert uns, unter welch schwierigen Voraussetzungen die Partei vor einem dreiviertel Jahrhundert ins Leben gerufen wurde: die Stunde „Null“ noch gar nicht lange her, Deutschland lag in Trümmern und es grassierten Hunger und Not. Und trotzdem keimte die Hoffnung wie ein zartes Pflänzchen aus der Asche hervor. In einer Atmosphäre, in der täglich das eigene Überleben gesichert werden musste, kamen 45 mutige Vertreter der CDU-Kreisverbände um den 1. Vorsitzenden Werner Hilpert in der Geschäftsstelle der

CDU Frankfurts zusammen, um den Landesverband aus der Taufe zu heben. Es waren mutige Menschen, die dieses Land wiederaufbauen und auf demokratische Füße stellen wollten. Dies geschah mit Hilfe unserer US-amerikanischen Freunde, die das demokratische Hessen gründeten und den Menschen damit eine Chance zur Wiedergutmachung gaben – und die Menschen nutzten diese Möglichkeit eindrucksvoll.

Fortsetzung auf der nächsten Seite ►

Damals schlossen sich christliche Demokraten in ganz Hessen zusammen. Sie zogen die Lehren aus dem Unrecht des Nationalsozialismus, dem Zivilisationsbruch des Holocausts und den Leiden des Zweiten Weltkrieges. Über konfessionelle Grenzen, soziale Schichten und landsmannschaftliche Unterschiede hinweg einte die Mitglieder der ersten Stunde ihr Glaube an eine bessere Zukunft und ihr Einsetzen für Demokratie und Menschenrechte.

Für den Erfolg der CDU Hessen war es insbesondere ganz entscheidend, eine Sammlungsbewegung zu sein: Für Katholiken und Protestanten, genauso wie für Alteingesessene und Heimatvertriebene. Gespeist von drei Leitlinien – konservativ, liberal und sozial –, die bis heute Grundpfeiler unseres Handelns sind. Die CDU wuchs zu einer Partei, die das gesamte bürgerliche Spektrum ansprach und die sich anti-totalitär schon immer klar gegen die Extreme sowohl von Rechts als auch von Links abgrenzt.

Nicht eine Ideologie, sondern der Mensch steht im Mittelpunkt unseres Handelns – und das bis heute. Wir setzen auf Eigenverantwortung. Die Gemeinschaft hilft aber, wenn der Einzelne diese Selbstverantwortung nicht wahrnehmen kann. Die Bindung an christliche Grundwerte, der ungebrochene Wille zur politischen Verantwortung, das Engagement für unsere Demokratie und das Gespür für Zukunftsfragen zeichnen die CDU Hessen bis heute aus.

Hessen als sozialdemokratisch geprägtes Land blieb jedoch für die CDU über Jahrzehnte ein schwieriges Terrain und die Partei lange Zeit weit von eigenen Mehrheiten auf Landesebene entfernt. Bei der ersten Wahl zum hessischen Landtag am 1. Dezember 1946 erreichte die CDU 31 Prozent und bildete mit der SPD eine große Koalition, Werner Hilpert wurde stellvertretender Ministerpräsident und blieb bis 1952 erster Landesvorsitzender unserer Partei.

Ihm folgten große Landesvorsitzende wie Wilhelm Fay und Alfred Dregger, der unsere Partei 1974 fast zur absoluten Mehrheit führte, unser erster CDU-Ministerpräsident Walter Wallmann, danach Manfred Kanther und unser Ehrenvorsitzender Roland Koch, der die absolute Mehrheit holte. Ich selbst darf die Geschicke der Partei seit dem Jahr 2010 leiten. Und dabei ist es uns wieder einmal gelungen, Geschichte zu schreiben und alte politische Gräben zu überwinden: Seit der Landtagswahl 2013 koalieren wir als erstes Flächenland in Deutschland in einer schwarz-grünen Landesregierung, die 2018 vom Wähler bestätigt wurde. Seitdem werden Ökonomie und Ökologie noch intensiver gedacht und mit verlässlicher Politik zum Wohle der hessischen Bürgerinnen und Bürger politisch geführt.

Stolze 21 Jahre regiert die CDU Hessen nun das Land. Jedoch ist es alles andere als eine Selbstverständlichkeit, dass sich die CDU auch in Hessen in über sieben Jahrzehnten zur erfolgreichen

Volkspartei entwickelt hat. Erheblichen Anteil haben daran die vielen Mitglieder in den Bezirks-, Kreis-, Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbänden, die mit großem Engagement, ihren Ideen und ihrer Kreativität die CDU Hessen immer wieder nach vorne bringen. Derzeit sind es 4.343 Männer und Frauen, die sich als gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter ehrenamtlich für ihre Mitmenschen in den Stadt- und Gemeindeparlamenten einsetzen.

Mit starken Vereinigungen und Organisationen decken wir als Volkspartei über alle geografischen Ebenen auch alle politischen Themenfelder ab. Vieles von dem, was Hessen heute zu einem starken Land im Herzen Deutschlands und Europas macht, hat die CDU politisch erarbeitet und in den politischen Diskurs eingebracht. Nicht nur programmatisch hat sie das Land vorangetrieben, sondern mit ihren Ideen auch geprägt.

Die CDU Hessen hat zur Bewahrung der eigenen Verbandsgeschichte diese Sonderausgabe des Hessen Kuriers erstellt, die eindrucksvoll belegt, mit wie viel Engagement und Einsatz wir seit unserer Gründung die politischen Interessen der Mitte vertreten.

75 Jahre CDU Hessen zu feiern, bedeutet nicht nur den Blick auf eine beeindruckende Geschichte zu richten und sich der eigenen Wurzeln zu besinnen, sondern auch die Verpflichtung und die

Verantwortung, Hessen und seine Kreise und Kommunen politisch gestalten zu können. Dies stets im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und dem Gemeinwohl verpflichtet. Wir stehen in der Verantwortung, diese Erfolgsgeschichte fortzuschreiben, auch um die Herausforderungen unserer Zeit meistern zu können. Wir sind auch nach einem dreiviertel Jahrhundert weiter willens, diese Verantwortung wahrzunehmen und durch das Engagement unserer 35.500 Mitglieder die erfolgreiche Arbeit früherer CDU-Mitglieder weiter fortzusetzen.

Ich danke allen, die durch ihren persönlichen Einsatz zur Gründung, zum Aufbau und zum erfolgreichen politischen Wirken der CDU Hessen beigetragen haben. Dem gesamten Landesverband und ihren Mitgliedern wünsche ich alles Gute für die nächsten 75 Jahre!



Ihr
Volker Bouffier MdL
Ministerpräsident und Landesvorsitzender der CDU Hessen



Liebe Leserinnen und Leser des HessenKurier,

im Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und ganz persönlich gratuliere ich dem Landesverband Hessen zum 75-jährigen Bestehen.

Aber was heißt überhaupt „Bestehen“? Ja, Hessens Christdemokratinnen und Christdemokraten engagieren sich seit 75 Jahren für ihre Heimat. Sie übernehmen Verantwortung. Und doch: Bestehen kann eine Volkspartei über diese lange Zeit nur, weil sie auch etwas bewegt. Wir können das an den großen Figuren der hessischen Christdemokratie festmachen. Jede dieser großen Figuren hat nicht von den Verdiensten der Vorgänger gelebt, sondern nach eigenen gestrebt. Das gilt für Walter Wallmann wie für Roland Koch und für so viele andere, die über die Jahrzehnte Verantwortung übernommen haben. Denken wir an Werner Hilpert, Wilhelm Fay, Alfred Dregger und Manfred Kanther, allesamt unvergessene Landesvorsitzende und politische Originale „Made in Hessen“. Zugleich sehen wir bedeutende christdemokratische Frauen. Ich nenne stellvertretend

Petra Roth, die 17 Jahre lang Frankfurter Oberbürgermeisterin war und immer wieder auch Präsidentin des Deutschen Städtetages. Ich erinnere an Ursula Lehr mit ihrem Einsatz für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ihrem Blick für gesellschaftliche Veränderungen. Zwei beeindruckende und erfolgreiche Christdemokratinnen aus Hessen!

Wenn wir die Geschichte der hessischen CDU betrachten, dann erkennen wir eine Volkspartei, die nicht ruht und sich nicht ausruht auf ihren Verdiensten. Wir sehen eine politische Kraft, die sich ihrer Verantwortung bewusst ist und versteht, was Christdemokratie ausmacht. Das ist ihr Gestaltungswille, auch und gerade in schwierigen Zeiten. Das sind ihr Mut und Selbstvertrauen, trotz mancher Ungewissheit stets einen Beitrag zu einer guten Zukunft zu leisten. Und das ist ihre Bereitschaft, Veränderungen zu erkennen, die das Leben im Land prägen, und diese auf Grundlage christdemokratischer Werte zu gestalten – in Parlamenten, Ausschüssen und Rathäusern, in der Stadt und auf dem Land, im Ehrenamt oder als Beruf, überall und jederzeit mit Leidenschaft und Herzblut. Das macht die CDU als Volkspartei erfolgreich – auch in Hessen. Deshalb regiert die CDU das Land seit mittlerweile 21 Jahren, und diese mehr als zwei

Jahrzehnte in christdemokratischer Verantwortung haben Hessen gutgetan.

Geschlossenheit ist dabei die Grundlage des Erfolgs, wobei ausdrücklich nicht Gleichmacherei gemeint ist. Im Gegenteil: Eine Volkspartei braucht neben dem Zusammenhalt die Vielfalt, sie braucht die vielen unterschiedlichen Stimmen, Gesichter und Biografien. Wir leben von Gemeinsamkeiten genauso wie von Unterschieden, und dann stellen wir das Verbindende über das Trennende – zum Wohle unserer Heimat. Damit bin ich bei Volker Bouffier. Längst verdient sein Wirken den Zusatz „Ära“. Als Ministerpräsident und Landesvorsitzender genießt er über Parteigrenzen hinweg enormes Ansehen und Vertrauen. Die Menschen wissen: Auf diese Regierung, auf den Landesvater und auf die Christlich Demokratische Union ist auch in dieser Corona-Krise Verlass, denn es wird entschlossen und geschlossen gehandelt.

Beides – Entschlossenheit und Geschlossenheit – brauchen wir nicht nur jetzt, um diese Krise zu bewältigen, sondern auch im kommenden Jahr, wenn Deutschland so oft wählt wie lange nicht mehr, auch im Frühjahr in Hessen. Jede Wahl ist wichtig; jede kann uns

Rückenwind geben. Und in Hessen wie überall gilt: Nur gemeinsam geht's. Nur gemeinsam erreichen wir unsere Ziele. Nur gemeinsam gewinnen wir. Nur gemeinsam sind wir stark. Und nur gemeinsam wird die CDU aus der Mitte und für die Mitte gute Politik machen können.

Ich wünsche der CDU Hessen viele weitere erfolgreiche Jahre und Ihnen allen Gottes Segen.



Ihre
Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer
Vorsitzende der CDU Deutschlands



20

66

76

INHALT

DIE JAHRE 1945 – 1967

10 GRÜNDUNGSPHASE

25 ÜBERSICHT IM ZEITSTRAHL

DIE JAHRE 1967 – 1982

26 DIE „ÄRA ALFRED DREGGER“

41 ÜBERSICHT IM ZEITSTRAHL

DIE JAHRE 1982 – 1998

42 **ACHTERBAHN – HESSEN WAR
SCHON IMMER KNAPP**

61 **ÜBERSICHT IM ZEITSTRAHL**

DIE JAHRE 1998 – HEUTE

62 **AUFSTIEG ZUR ERNEUTEN
REGIERUNGSVERANTWORTUNG**

81 **ÜBERSICHT IM ZEITSTRAHL**

IMPRESSUM

Herausgeber: CDU Hessen, Alfred-Dregger-Haus, Frankfurter Straße 6, 65189 Wiesbaden

Chefredakteurin: Michelle Lardong

Chef vom Dienst: Bastian Zander

Titelbild: CDU Hessen

Bilder: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung; Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik; Lothar Wenzel; Tobias Koch; Laurence Chaperon; privat

Freie Autoren: Marco Gaug, Andreas Mai

Redaktionsanschrift: Hessen Kurier, Frankfurter Straße 6, 65189 Wiesbaden, Telefon: (0611) 16 65-513, Fax: (0611) 16 65-485, E-Mail: info@hessenkurier.de

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für die im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten

Verlag und Anzeigenvertrieb: Verlags- und Werbegesellschaft für politische Meinungsbildung mbH, Frankfurter Straße 6, 65189 Wiesbaden, Telefon (0611) 16 65-513, Fax (0611) 16 65-485

Verlagsgeschäftsführung und verantwortlich für die Anzeigen: Helmut Hehn

Anzeigenvertrieb: BK Kommunikation Verlags-gesellschaft für Politik und Marketing GbR, Voltaire-Weg 6, 76532 Baden-Baden, Telefon: 07221/27 60 27, Fax: 07221/27 61 28 E-Mail: info@bk-kommunikation.de

Anzeigendisposition: Sabine Lauer

Design, Layout & Produktion: GURU GmbH, Cremon 32, 20457 Hamburg www.guru-mc.com

Druck: A&M Service GmbH, Hinter dem Entenpfuhl 13 & 15, 65604 Elz, www.a-m-service.de

Verlagsbeirat: Holger Bellino, Frank Lortz, Manfred Pentz

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Nicht verlangte Manuskripte ohne Rückporto werden nicht zurückgesandt. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Hinweis gem. § 5 HPresseG: An der Verlags- und Werbegesellschaft für politische Meinungsbildung mbH ist die CDU Hessen durch Treuhänder zu 100 v. H. beteiligt.

GRÜNDUNGSPHASE

» 1945 BIS 1967

GRÜNDUNGSPHASE

Unmittelbar nach Kriegsende formierten sich die politischen Parteien überall in Deutschland neu, um – freilich unter dem Primat der alliierten Siegermächte – eine neue demokratische Vertretung des deutschen Volkes und eine neue Verwaltung zu schaffen. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass sich aus losen Zusammenschlüssen von evangelischen und katholischen Christen, Gewerkschaftern, ehemaligen Anhängern der konfessionellen (Zentrum, Bayerische Volkspartei (BVP), Christlich-Sozialer Volksdienst (CSVD)), liberalen (DDP/DStP und DVP) und konservativen (DNVP u.a.) Parteien, die zum Teil schon während der nationalsozialistischen Diktatur im Untergrund bestanden hatten, diejenige Partei herausbilden sollte, die seither den politischen Führungsanspruch in der Bundesrepublik Deutschland innehat und als Volkspartei der Mitte die Gesichte Deutschlands und Hessens ganz wesentlich geprägt hat. Der Aufstieg der Union in Hessen gestaltete sich dabei langwieriger und steiniger als in anderen Teilen Deutschlands.

Bereits vor einer Genehmigung der amerikanischen Militärregierung hatten sich in vielen Städten und Kreisen Hessens örtliche christlich-demokratische Parteigruppierungen gegründet, so z.B. am 20. August 1945 die CDU Kassel oder am 15. September 1945 die Christlich-Demokratische Partei Frankfurt. Diese Neugründungen gestalteten sich zunächst unter unterschiedlichen Namen: von Deutsche Aufbau-Bewegung (in Darmstadt) über Christliche Volks-Vereinigung (im Rheingau) bis zu zahlreichen Variationen der Christlich-Demokratischen Partei.

Am 25. November 1945 gründete sich schließlich in der Geschäftsstelle der Christlich-Demokratischen Partei Frankfurts in Anwesenheit von 45 Vertretern der Kreisverbände der Landesverband Hessen der CDU. Die neu gegründete CDU verstand sich dabei – bei aller Heterogenität der Gründungsmotive in den Kreisen und Gemeinden – seit Beginn als christliche, interkonfessionelle und für alle sozialen Schichten offene Volkspartei, der – so die eigene Darstellung – die beiden großen Bekenntnisse Deutschlands das unverrückbare Fundament geben.

Zum ersten Vorsitzenden wurde Werner Hilpert gewählt. Der aus Sachsen stammende Hilpert war in seiner Jugend im Zentrum und in kirchlichen Kreisen aktiv und stand in offener Gegnerschaft zum Nationalsozialismus, weshalb er über fünf Jahre im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert war. Nach kurzer Arbeit als Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Frankfurt war Hilpert zuvor von der amerikanischen Militärregierung als stellvertretender Ministerpräsident in die provisorische Allparteienregierung unter Ministerpräsident Karl Geiler berufen worden.

Der am 25. November 1945 gewählte Landesvorstand war in Bezug auf die Konfessionszugehörigkeit streng paritätisch besetzt. Dem katholischen früheren Zentrumsolitiker Werner Hilpert als Landesvorsitzendem stand mit Erich Köhler, einem ehemaligen Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, ein evangelischer Christ zur Seite.

Am 18. Dezember 1945 erfolgte die Lizenzierung der Landespartei durch die US-Militärregierung. Am 30. Mai 1946 fand der erste „echte“ Parteitag der jungen Partei statt, der den eingesetzten Vorstand bestätigte.

Die CDU verstand sich als bürgerliche und konfessionsübergreifende Partei, jedoch war gerade in Hessen der überwiegende Teil der Mitglieder katholisch. Während die Union in den katholisch geprägten Gebieten Hessens gute organisatorische Anknüpfungspunkte vorfand, gestaltete sich der Aufbau von Parteistrukturen in den überwiegend evangelischen Gebieten Nord- und Mittelhessens entsprechend schwieriger. In diesen Landesteilen zogen sich die Gründungen von CDU-Verbänden über längere Zeiträume hin.

Christlich-Demokratische UNION

**Männer und Frauen!
Alte und junge Generation!**

Die CDU, die neue Aufbaupartei
verurteilt und bekämpft Nazi-Ideen und Methoden:
Diktatur und geheuchelte Demokratie,
Lügen und Terror in jeder Form,
Politische, stilles und soziale Gewissenlosigkeit,
Kollektivismus und jede Gleichschaltung,
Charakterlosigkeit und Unfähigkeit in Politik und Verwaltung;

Die CDU, die starke Volkspartei
tritt ein für wahre Demokratie:
Recht und Schutz der persönlichen Freiheit und des Privateigentums,
Unbedingte Wahrheit in Wort und Schrift,
Soziale Ordnung und Gesetze aus christlicher Verantwortung,
Das Gemeinwohl aller Berufsstände,
Für saubere Verwaltung in Kreis und Gemeinden.

Unser Aufbau:
Behebung der Wohnungsnot, Besserung der Ernährungsfrage, Ausgleichen der Kriegslasten, gerechte Verteilung der Steuern, Aufnahme und Betreuung unserer Flüchtlinge, Sorge für unsere Kriegsgelungenen,
Geistige und stilles Erbauung aus den Werten unserer Kultur,
Anbahnung einer Politik der Verantwortung und der Verteidigung für einen dauerhaften Frieden.

**Deine Stimme für die UNION!
Dein erster Beitrag zum Aufbau!**

Christlich-Demokratische Union Deutschlands, 1946, 1. Dr. Paul Hildebrandt, Bonn, 1. 11. 1946
1946, 1. 11. 1946, 1. 11. 1946, 1. 11. 1946



Besonders ehemalige Zentrumsmitglieder wie Walter Dirks (Frankfurt) oder Karl Kanka (Darmstadt), sowie andere christlich geprägte Persönlichkeiten wie Maria Sevenich und ehemalige Mitglieder der Bekennenden Kirche und des Christlich-Sozialen Volksdienstes (CSVD) prägten die junge Partei. Auch der spätere erste Bundesaußenminister der Bundesrepublik, Heinrich von Brentano, und Cuno Raabe, der dem Widerstandskreis um Carl-Friedrich von Goerdeler angehörte, zählen zu den prominenten Gründungsmitgliedern der Hessischen CDU.

PROGRAMMATISCHE ORIENTIERUNG UND ERSTE JAHRE UNTER WALTER HILPERT

Unter ihrem Gründungsvorsitzenden Werner Hilpert wuchs die CDU zu einer Partei, die neben den christlichen Wählern auch das gesamte bürgerliche Spektrum ansprechen wollte.

Hessen als traditionell sozialdemokratisch geprägtes Land war jedoch für die CDU über Jahrzehnte hinweg ein schwieriges Terrain und die hessische CDU blieb somit lange Zeit noch weit von eigenen Mehrheiten auf Landesebene entfernt.

Bei den Kommunalwahlen Anfang 1946 – den ersten freien Wahlen, an denen Kandidaten der hessischen CDU teilnahmen – errang die CDU auf Kreisebene rund 37 Prozent der Stimmen und belegte damit hinter den Sozialdemokraten den zweiten Rang. Die erste landesweite Wahl zur verfassungsgebenden Landesversammlung in Hessen am 30. Juni 1946 bestätigte das Bild. Denn auch hier landete die CDU mit einem Stimmenanteil von 37,3 Prozent deutlich hinter den Sozialdemokraten. Da SPD und KPD eine deutliche

Union Investment gratuliert der **CDU Hessen** zum 75-jährigen Jubiläum

FinanzAgenda

Digital Public Affairs von Union Investment





WERNER HILPERT

Syndikus, Minister, Dr. phil., Oberursel, römisch-katholisch,
* 17.01.1897 Leipzig, † 24.02.1957

- 1926 – 1933** Stadtverordneter Leipzig (Zentrum)
- 1932 – 1933** Vorsitzender des Zentrums Sachsen
- 1933 – 1939** Wirtschaftsberater
- 1939 – 1945** Haft im KZ Buchenwald
- 1945** Mitgründer der CDP/CDU Frankfurt/Main
- 1945 – 1952** Vorsitzender des Landesverbands Hessen
- 1945 – 1951** stellvertretender Ministerpräsident von Hessen
- 1946 – 1947** Wirtschafts- und Verkehrsminister
- 1947 – 1951** Finanzminister in Hessen

Nach seiner Befreiung aus dem KZ Buchenwald wurde Hilpert von den Amerikanern mit der Verwaltung der beschlagnahmten NS-Vermögenswerte in Thüringen beauftragt. Kurze Zeit später siedelte er nach Frankfurt/Main um und wurde Präsident der IHK. Auf die Gründung der CDU hatte er maßgeblichen Einfluss. Die von ihm mitverfassten Frankfurter Leitsätze forderten einen Sozialismus aus christlicher Verantwortung. 1946 einigte man sich unter Hilperths Führung mit der SPD auf den Verfassungskompromiss, der die Verstaatlichung der Schwerindustrie vorsah. Im schulpolitischen Teil konnte die CDU ihre Vorstellungen zur Konfessionsschule durchsetzen. Hilperths wirtschaftspolitisches

Konzept und sein Eintritt in die SPD-geführte Landesregierung stieß bei den nord- und mittelhessischen Kreisverbänden, aber auch bei Konrad Adenauer, auf Ablehnung. Die Niederlage der CDU bei den Landtagswahlen im November 1950 bedeutete das Ende der Ära Hilpert. Nach seinem Rücktritt auf dem Landesparteitag im Juli 1952 wurde Wilhelm Fay zum neuen Landesvorsitzenden gewählt, der die Partei an den Kurs der Bundes-CDU heranführte.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung

Stimmenmehrheit in der Versammlung innehatten, konnte sich die CDU, für die Dr. Cuno Raabe als Vizepräsident der Versammlung eine Führungsrolle übernahm, in der Diskussion der Verfassung des Landes Hessen daher mit ihren wichtigsten Forderungen (u.a. Ablehnung des „Sozialisierungsartikels“, Einführung einer zweiten Kammer) nicht durchsetzen.

Erst nach der zweiten Lesung fanden SPD und CDU – nach heftigen innerparteilichen Debatten – einen Kompromiss, der unter Berücksichtigung von Änderungsvorschlägen vor allem in den kirchlichen und schulischen Bereichen, mit breiter Mehrheit von CDU, SPD und auch KPD verabschiedet wurde. Bereits hier wurde die Basis für eine enge Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie und damit für den Ausgleich der beiden maßgeblichen politischen Parteien in Hessen in den Aufbaujahren Hessens gelegt.

Die Findung gemeinsamer Grundpositionen war angesichts der sehr heterogenen Herkunft der Mitglieder schwierig. Verbunden wurde die junge Partei vor allem durch christliche Motive und das Ziel, am Wiederaufbau Deutschlands unter Wahrung christlicher Werte mitzuwirken.

Trotz interner Auseinandersetzungen fixierte die junge Hessen-CDU auf Vorstandsebene mehrheitlich die „Frankfurter Leitsätze“ als Grundpositionen der gesamten Partei. Kernpunkt der Debatten war die grundsätzliche wirtschaftspolitische Ausrichtung. Die Frankfurter Leitsätze bekannten sich zu einem „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ – einer wesentlich von Jakob Kaiser initiierten Strömung innerhalb der CDU, der eine Marktwirtschaft im Wesentlichen nach den aus dem Christentum abgeleiteten Prinzipien der Solidarität und





Subsidiarität gestalten wollte und sich dabei zwar von Kommunismus, Marxismus und Sozialdemokratie abgrenzte, aber doch deutlich weitgehendere staatliche Eingriffe in die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung propagierte. Das Konzept war wirtschaftspolitisch so stark auf staatliche Eingriffe und Lenkung geprägt, dass dies für konservative und liberale Kreise nur schwer zu akzeptieren war.

So waren die Prinzipien der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, des Pazifismus, des Christentums und des Humanismus ebenso Gründungs-DNA der hessischen CDU wie die ökonomische Ordnung eines „planvollen wirtschaftlichen Sozialismus“ – eine Festlegung, die aus heutiger Sicht überrascht und schon damals in den konservativeren CDU-Verbänden Nord- und Mittelhessens sehr umstritten war und fast zur Spaltung der jungen Partei geführt hätte. Die Forderung nach einem „christlichen Sozialismus“ leiteten die Führungspersonen der hessischen CDU aus den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der Jahre 1945/46 ab, die ein hohes Maß an staatlicher Wirtschaftslenkung, Sozialisierung und Mitbestimmung notwendig erscheinen ließen.

So waren es angesichts der enormen wirtschaftspolitischen Differenzen vor allem das gemeinsame Bekenntnis zu einer Politik nach den Grundsätzen des Christentums, der Einsatz für freie Religionsausübung und die Interessen der Konfessionsgemeinschaften, die die verschiedenen Parteiströmungen zusammenhielten.

Bei der ersten Wahl zum hessischen Landtag am 1. Dezember 1946 erreichte die CDU 30,9 Prozent der Stimmen und konnte ihre bisherigen recht guten Ergebnisse nicht halten.

Demokratie lebt vom Mitmachen.

Haltung bedeutet, über Partnerschaftlichkeit und Gemeinschaft nicht nur zu reden, sondern danach zu handeln. Das gilt für die Idee der Genossenschaft genauso wie für die einer Union. Die CDU Hessen lebt diese Haltung nun schon seit 75 Jahren. **Herzlichen Glückwunsch!**

nicht-allein.de

Du bist nicht allein.



Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken





Auf Grundlage der christlich-sozialistischen Grundsätze und im Angesicht der historischen Herausforderungen zum Wiederaufbau des Landes bildete die CDU mit der SPD, mit der man bereits in der Verfassungsfrage einen Kompromiss gesucht und gefunden hatte, eine Große Koalition. So konnte sich die erste hessische Landesregierung auf eine überwältigende Mehrheit der Wählerstimmen stützen und so ihren Positionen und Forderungen gegenüber der Militärregierung zusätzliches Gewicht verleihen. Werner Hilpert als stellvertretender Ministerpräsident, Joseph Arndgen, Erwin Stein und Karl Lorberg vertraten die hessische CDU in der ersten gewählten Regierung unter Ministerpräsident Stock

Für dieses Modell einer Großen Koalition sollte sich der hessische Landesverband auch auf Bundesebene einsetzen und stand damit ständig in Konflikt zur Bundespartei, die unter Konrad Adenauer entschieden auf eigene Mehrheiten und bürgerliche Koalitionen setzte. Auch Teile der eigenen Basis in Hessen positionierte sich – vor allem in Mittel- und Nordhessen – klar für bürgerliche Mehrheiten und gegen eine Zusammenarbeit mit SPD und KPD.

Innerhalb des noch eingeschränkten Spielraums für die Landesregierungen der jungen Bundesrepublik gelangten große Erfolge in der Bekämpfung der unmittelbaren Nachkriegsnot, aber auch im Aufbau des Schulsystems mit neunjähriger Schulpflicht und Einstellung der Schulgelderhebung.

Allerdings wurde die Arbeit der CDU in der Großen Koalition nicht mit Wahlerfolgen honoriert. Die Spannungen innerhalb der Partei, die sich in konservative bis hin zu sozialistischen Gruppierungen auffächerte und mehr und mehr über die Frage der richtigen

Koalitionsausrichtung in Streit geriet, führten zu einer Glaubwürdigkeitskrise. Mit ihrer bewussten Anlehnung an SPD-Positionen verlor die Partei ihre Reputation bei konservativen und liberalen Wählerschichten und auch in weiten Teilen der eigenen Basis, die für eine freie Wirtschaftsordnung eintrat und dies durch Koalitionen mit liberalen Parteibündnissen auf kommunaler Ebene kundtat. Das klare Profil von sozialer Marktwirtschaft und Westbindung, welches die CDU bundesweit pflegte, war in Hessen nicht ausreichend erkennbar, um den Wählern als klare Alternative zu sozialistischer Politik zu erscheinen.

Bei der Landtagswahl 1950 erreichte die CDU – sicher neben den geschilderten Problemen auch in Folge der Erosion der Bundespartei aufgrund der Debatten zur Wiederbewaffnung und der parteipolitischen Manifestierung im Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) – nur noch 18,8 Prozent der Stimmen, nachdem die Partei schon bei der Bundestagswahl abgeschlagen auf dem dritten Rang lag.

Die LPD, die in Listenverbindung mit BHE antrat, sprach die nationalkonservativen und liberalen Wähler offenbar besser an als die Union, erreichte über 30 Prozent der Stimmen und wurde zur zweitstärksten Kraft in Hessen.

Den Sozialdemokraten genügten auf Grund des damals geltenden Wahlsystems trotz einer Mehrheit der Stimmen für LPD und CDU (zusammen 50,6 Prozent) 44,4 Prozent der Stimmen für eine absolute Mehrheit der Mandate. Eine geschlagene CDU musste sich mit der Rolle als kleinste Oppositionspartei begnügen.

CDU-KUNDGEBUNG

Bundesverleidigungsminister
Franz Josef Strauß

**Mit einer starken CDU
geht's besser!**

Dienstag, 18. Oktober 1960
20 Uhr

CDU Volksbildungsheim



Unter dem Druck dieser Niederlage und angesichts der erfolgreichen Arbeit der liberaler und konservativer aufgestellten Verbände in anderen Ländern und im Bund unter Bundeskanzler Konrad Adenauer schloss sich die hessische Union sukzessive schließlich Adenauer und seinem gesellschaftspolitischen Konzept der Bundespartei an, welches nach einer bürgerlichen Mehrheit strebte und sich klar von den sozialistischen Forderungen der SPD abgrenzte.

In Folge dieser innerparteilichen Neuausrichtung legte Werner Hilpert am 5. Juli 1952 beim Landestag in Limburg sein Amt als Vorsitzender der CDU nieder. Die Vormachtstellung des „linken“ Flügels in der CDU Hessen endete, als der Parteitag der Politik Konrad Adenauers in einer Grußadresse sein „restloses Vertrauen“ aussprach, ohne dabei freilich die verschiedenen Sichtweisen völlig ausgeräumt zu haben.

INNERPARTEILICHE KONSOLIDIERUNG UNTER WILHELM FAY

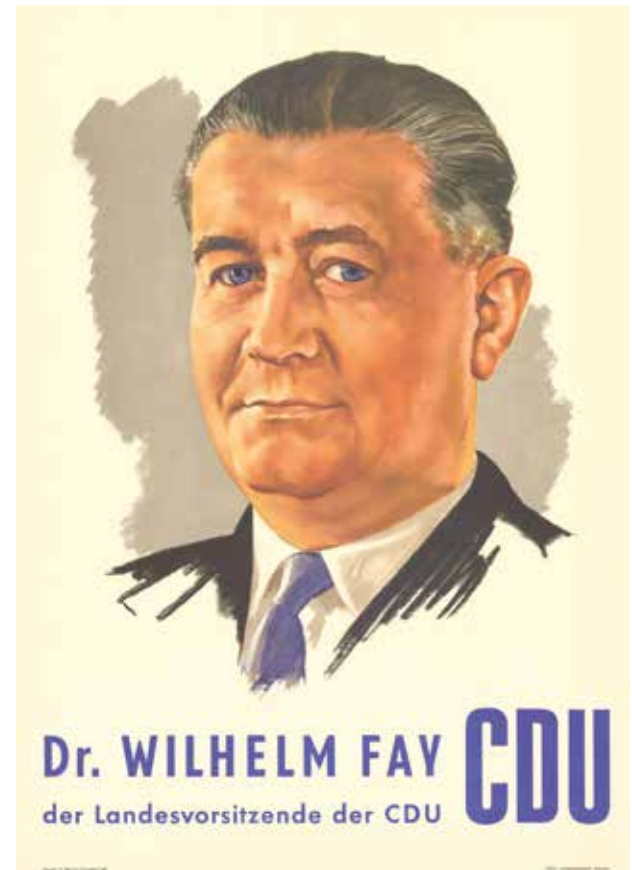
1952 übernahm Wilhelm Fay als Nachfolger Werner Hilperts die schwierige Aufgabe, eine hinsichtlich ihrer politischen Grundausrichtung gesplante Partei zu vereinen, gleichzeitig gegen eine übermächtig scheinende hessische SPD unter dem populären Ministerpräsident Georg August Zinn anzutreten, und dabei den Spagat auszuhalten, immer wieder auch die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung als Partner der Sozialdemokraten im Blick haben zu müssen. Wichtigster Mitarbeiter an seiner Seite war dabei zweifellos Erich Großkopf, der von 1953 bis 1966 die CDU-Landtagsfraktion führte. Auch Heinrich Lünendonk und Walter Jansen, die lange Zeit als stellvertretende Landesvorsitzende arbeiteten, und Gabriele

Strecker, die sich große Verdienste um die Integration von Frauen in die CDU erwarb, waren wichtige Mitstreiter.

Wilhelm Fay sollte sich dieser Herausforderung für fast 15 Jahre an der Spitze der Partei widmen und dabei große Verdienste um das organisatorische und programmatische Fundament der CDU Hessen erwerben. Trotz nicht zufriedenstellender Wahlergebnisse waren die Jahre unter dem Vorsitz Fays (1952 bis 1967) wichtige Aufbaujahre für die Partei. Durch fleißiges Kernerhandwerk und Überzeugungskraft wurde die gesellschaftliche Basis der Partei verbreitert, die Mitgliederzahl stieg von 9.000 auf 23.500. Weiterhin strebte Fay ab 1963 eine grundlegende Reform des Parteilebens an und schuf eine Basis für die kommunalpolitische Arbeit. Auch programmatisch vollzog sich - zwar keineswegs gradlinig oder konfliktfrei - der Wandel von einer christlich-sozialistischen Integrationspartei hin zu einer pluralistischen Volkspartei. Fay selbst charakterisierte die 15 Jahre seines Vorsitzes in seiner Abschiedsrede 1967 als „Umorientierungsprozess“ der Partei in den zentralen Fragen der Wirtschafts-, Schul- und Koalitionspolitik. Die CDU Hessen nabelte sich vom „christlichen Sozialismus“ ab und wurde Schritt für Schritt eine Volkspartei der Mitte.

Es waren vor allem diese Verdienste um die Partei, die die Delegierten nach seinem Abschied vom Landesvorsitz 1967 würdigten, indem sie Wilhelm Fay zum ersten Ehrenvorsitzenden wählten.

Allerdings war dieser Prozess mit schmerzhaften Wahlergebnissen begleitet. Insgesamt konnte die hessische CDU bei den Landtagswahlen in den 1950er und 1960er Jahren selten mehr als ein Viertel der Wählerstimmen auf sich vereinen. Die Politik in Hessen wurde in





dieser Zeit von Ministerpräsident Georg August Zinn und der SPD, später dann in Zusammenarbeit mit BHE und FDP, bestimmt. Gerade in den Aufbaujahren setzte die CDU dabei nicht auf Polarisierung und harte Oppositionsarbeit, sondern unterstützte die Regierung in vielen Projekten und trug damit zur Einheit und Geschlossenheit der Hessen bei.

Bei der Landtagswahl 1954 hatte sich die CDU mit einem Wahlergebnis von 24,1 Prozent spürbar verbessern können und die SPD hatte mit 42,6 Prozent etwas an Zustimmung verloren. Eine gemeinsame Mehrheit mit der FDP, mit der man sich nach langem Ringen auf eine Koalitionsaussage durchbringen konnte, schien greifbar – blieb dann aber doch unerreicht. Der BHE war das Zünglein an der Waage, welches die SPD durch weitgehende Zugeständnisse an sich zu binden vermochte. Durch eine Koalition mit dem BHE konnte sich die SPD an der Macht halten und die in Teilen der CDU herrschende Hoffnung, die Zinnsche SPD werde in Anknüpfung an erfolgreiche Zeiten eine erneute Große Koalition ins Auge fassen, wurde bitter enttäuscht.

Die stärkere Öffnung für nicht-konfessionelle Wählerschichten und die Offenheit im Sinne einer echten Volkspartei, der glaubwürdige Einsatz für Angelegenheiten der Vertriebenen und ein klareres wirtschaftspolitisches Profil für soziale Marktwirtschaft brachte bei der Landtagswahl 1958 einen deutlichen Anstieg des CDU-Stimmenanteils auf 32,0 Prozent und den Zugewinn von acht Landtagsmandaten, was freilich angesichts der kurz zuvor errungenen absoluten Mehrheit der CDU auf Bundesebene dennoch als Enttäuschung eingestuft werden musste.

LOTTO hilft Hessen



129 Mio. €*

für Sport, Kultur,
Soziales, Denkmalpflege
und Umwelt.

* im vergangenen Jahr



 **LOTTO**
Hessen

 [lottohessen](https://www.facebook.com/lottohessen)
www.lotto-hessen.de



Die SPD/BHE-Koalition wurde aber mit Stimmengewinnen für die SPD bei fast gleichbleibendem Resultat für den BHE bestätigt und verfügte über eine klare Mehrheit.

Vor allem die Popularität Zinns, der im Schatten des deutschen „Wirtschaftswunders“ als überparteilicher Landesvater auftrat, führte 1962 (sicherlich auch im Zuge der „Spiegel-Affäre“) und 1966 sogar zu absoluten Mehrheiten der SPD. Die CDU steckte im „roten Hessen“ in der Opposition fest.

Trotz erfolgreicher Arbeit bei der Öffnung der Partei für neue Mitglieder und Anhänger, die durch die Etablierung von Kontakten in alle gesellschaftlichen Schichten nachhaltig für den Volkspartei-charakter der CDU gewirkt hat, war mit der Landtagswahl 1966 die CDU auf einem neuen Tiefpunkt angekommen. Befeuert durch die Koalitionskrise in Bonn und das Ende der Regierung Ludwig Erhards machten lediglich 26,4 Prozent der Wähler ihr Kreuz bei den Christdemokraten.

Es war an der Zeit für einen Aufbruch.

27.

AUGUST 1945

Die Militärregierung gestattet die Bildung von Parteien auf Kreis- und am 23. November 1945 auf Landesebene.

25.

NOVEMBER 1945

In der Geschäftsstelle der Christlich-Demokratischen Partei Frankfurts gründet sich in Anwesenheit von 45 Vertretern der Kreisverbände der Landesverband Hessen der CDU. Zum ersten Vorsitzenden wird Werner Hilpert gewählt.

30.

MAI 1946

Auf einem Landesparteitag wird der Landesvorstand bestätigt: Dem katholischen Landesvorsitzenden Werner Hilpert steht als evangelischer Stellvertreter Erich Köhler zur Seite.

1946

1951

1956

1961

1966

19.

SEPTEMBER 1945

Die amerikanische Militärregierung proklamiert die preußischen Provinzen Kurhessen und Nassau sowie den Volksstaat Hessen zum Land „Groß-Hessen“.

18.

DEZEMBER 1945

Es erfolgt die Lizenzierung der Landespartei durch die US-Militärregierung.

01.

DEZEMBER 1946

Bei der ersten Wahl zum hessischen Landtag erreicht die CDU 31 Prozent und bildet mit der SPD eine große Koalition. Werner Hilpert wird stellvertretender Ministerpräsident.

DIE „ÄRA ALFRED DREGGER“

» 1967 BIS 1982

AUFBRUCHSTIMMUNG

Es lag mehr Hoffnung als Gewissheit in der Luft, dass der Landesparteitag in Eltville am 2. Dezember 1967 eine Zeitenwende für die hessische CDU markieren sollte. Und doch war es fast unerhört, dass Alfred Dregger in seiner Bewerbungsrede um den Landesvorsitz die Partei auf ein kaum erreichbar scheinendes Ziel ausrichtete: „Wir wollen die Mehrheit in Hessen gewinnen!“, rief Dregger den Delegierten zu – und der Ruf hallte weit über Eltville hinaus und wurde zum Fanal für den Aufstieg der CDU zur stärksten Partei in Hessen. Es bleibt eine Tragik der Historie, dass die beispiellose Erfolgsgeschichte nicht mit einer Regierungsübernahme gekrönt werden konnte.

Alfred Dregger war seit 1956 Oberbürgermeister von Fulda. Er war bei seiner Wahl damals der jüngste Oberbürgermeister einer größeren deutschen Stadt und seit 1962 zudem Abgeordneter im Hessischen Landtag.

Die Wahl Dreggers war dabei lediglich das weithin sichtbarste Zeichen eines umfassenden Führungs- und Generationswechsels.

Die enttäuschende Landtagswahl 1966 hatte die Landtagsfraktion drastisch erneuert und verjüngt. Unter Führung von Hans Wagner als neuem Fraktionsvorsitzenden sollte sich die Landespolitik neu ausrichten. Walter Wallmann, Gottfried Milde, Christian Schwarz-Schilling, Walter Leisler-Kiep und andere herausragende Köpfe standen für einen neuen Stil, aber auch für einen sachpolitisch und methodisch grundsätzlichen Neuaufbruch.

1966 war daher keineswegs absehbar oder gar ausgemacht, dass Dregger das Ruder übernehmen sollte, sondern es erforderte umfassende Diskussionen im Laufe des Jahres 1967, bis eine überzeugende Teamlösung mit Alfred Dregger an der Spitze gefunden war. So war es auch ein Verdienst der Einbindung starker Stellvertreter (Schwarz-Schilling, Leisler-Kiep, Wagner) in eine echte Führungsmannschaft, die den Führungswechsel ohne Streit, sondern in großer Geschlossenheit ermöglichte. Dies spiegelte sich in einer breiten Zustimmung zur Wahl Dreggers von über 97 Prozent der Stimmen wider. Dass nebenbei auch noch 12 von 23 Mitgliedern des Landesvorstandes neu in Amt und Würden kamen, machte den Aufbruch und den Generationenwechsel auch in der Partei unübersehbar. Dass es Alfred Dregger hier gelungen ist, aus einer Vielzahl starker Persönlichkeiten



XXXLutz

MANN MOBILIA Buhl

Jubiläum

75 Jahre

gratuliert
der CDU Hessen!



XXXLutz Eschborn | Elly-Beinhorn-Str. 3-7 | 65760 Eschborn | Tel. (030) 25549501-0 |
Öffnungszeiten: Mo.-Sa. 10.00 -20.00 Uhr | eschborn@xxxlutz.de

XXXLutz Dreieich-Sprendlingen | Voltastr. 5 | 63303 Dreieich |
Tel. (030) 25549508-0 | Öffnungszeiten: Mo.-Sa. 10.00 -19.00 Uhr | dreieich@xxxlutz.de

XXXLutz Wiesbaden | Äppelallee 69 | 65203 Wiesbaden | Tel. (030) 25549506-0 |
Öffnungszeiten: Mo.-Do. 10.00 -19.00 Uhr, Fr.-Sa. 10.00 -20.00 Uhr | wiesbaden@xxxlutz.de

XXXLutz Fulda | Heidelbergstraße 18 | 36043 Fulda | Tel.: (030) 25549516-0 |
Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 10.00-19.00 Uhr, Sa. 9.30-18.00 Uhr | fulda@xxxlutz.de



MEIN MÖBELHAUS.



aus verschiedenen Parteiströmungen ein starkes Team zu formen und eine bis heute anerkannte Geschlossenheit zu wahren, gehört sicher zu den größten Verdiensten um die Einheit der CDU Hessen.

Doch neben den personellen Signalen sollte auch inhaltlich ein Aufbruch erkennbar werden.

„Die CDU muss auf Grundlage des christlichen Menschenbildes das nationale, das liberale und das soziale Element miteinander verbinden und sich dabei modern, offen und aufgeschlossen zu einer leistungsfähigen und menschenwürdigen Industriegesellschaft bekennen“ – damit gab Dregger die Leitlinien vor, an denen sich die CDU Hessen künftig orientierte. Es waren diese Leitlinien, mit denen eine große Volkspartei für alle Schichten wachsen sollte.

Der Anspruch zur Machtübernahme in Hessen und den Weg aus der dauerhaften Opposition, den Dregger richtigerweise als „steinig, hart und möglicherweise lang“ charakterisierte, waren Ziele, die in der Öffentlichkeit als (zu) forsch betrachtet wurden. Aber sie machten den Landesverband zu einer geschlossenen und angriffslustigen Einheit, der den Anspruch hatte, die geistige und politische Führung im Land jederzeit übernehmen zu können. Dieser Anspruch zeigte sich bald, indem für alle wesentlichen Politikfelder klare inhaltliche und politische Konzeptionen und Alternativen zur sozialdemokratischen Regierungspolitik erarbeitet wurden. Die Abgrenzung zur SPD-Regierung wurde deutlicher und akzentuierter; die Zeit der Annäherung und das Schielen auf eine Große Koalition war zu Ende. Auch die Parteiarbeit und -organisation wurden neu ausgerichtet.

Schnell ergaben sich Gelegenheiten, den neuen Kurs gegenüber der Landesregierung in praktische Oppositionspolitik umzusetzen. Die mit Ausschreitungen begleiteten Studentenproteste mit ihrem Zentrum in Frankfurt, innen- und sicherheitspolitische Fehlleistungen und innere Zerwürfnisse in der Regierung boten Potenzial, um den Wählern eine Alternative zur fast schon traditionellen SPD-Regierung anzubieten. Landes- und bundespolitisch erwarb Dregger sich den Ruf eines konservativen „Hardliners“ oder „Sozialistenfressers“. Die hessische CDU wurde damit unter Dreggers Führung zum Kampfverband, der in der polarisierten Stimmung der späten 1960er Jahre für den rechts-konservativen Flügel der Union stand und der die internationale Systemauseinandersetzung zwischen Freiheit und Sozialismus in besonderer Ausprägung führte.

Die ersten großen Bewährungsproben stellten sich jedoch erst mit der Bundestagswahl 1969, bei der die CDU in Hessen immerhin ein Ergebnis von 38,4 Prozent beisteuern konnte. Noch deutlicher wurden die Erfolge bei der Landtagswahl 1970. Die klare konzeptionelle Oppositionsarbeit der vergangenen Jahre, innovative Wahlkampfmethoden, eine deutliche Opposition gegen die neue, sozialliberale Regierung im Bund und eine deutliche Fokussierung auf Dregger als personelle Alternative in einer starken Mannschaft brachten der CDU in Hessen fast 40 Prozent der Stimmen – ein Stimmenzuwachs von 13 Prozentpunkten und die Erhöhung der Mandatszahl von 26 auf 46. In Erinnerung blieb dabei auch das an damalige Western-Filme angelehnte Plakat, welches Dregger an der Spitze einer in Keilform voranschreitenden Mannschaft darstellt und ihm den Spitznamen „Django“ einbrachte.



Da die FDP aber unverbrüchlich an der Seite der Sozialdemokraten stand, war bei aller Freude über das bis dato beste Ergebnis der CDU Hessen bei einer Landtagswahl das Ziel der Regierungsübernahme noch nicht in Reichweite. Es wurde deutlich, dass neben dem Schwung des Aufbruchs auch Ausdauer und ein langer Kampf gegen die sozialliberale Übermacht anstand.

EIN LANGER WEG

Die Wahlerfolge von 1969 und 1970 im „roten Hessen“ steigerten das Ansehen der CDU Hessen in der Bundespartei – was Segen und Fluch zugleich sein sollte. Alfred Dregger hatte sich unter anderem durch seine klare Haltung gegen die von der SPD betriebene Ostpolitik hohe Bekanntheit erworben. Dennoch kam es für viele überraschend, dass Dregger 1971 ankündigte, in den Bundestag wechseln zu wollen, was er nach der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 auch tat, um stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion und innenpolitischer Sprecher zu werden. Da auch Walter Wallmann als einer der potenziellen Nachfolger den Weg nach Bonn einschlug, musste die Führungsmannschaft in Wiesbaden neu sortiert werden. Hans Wagner übernahm neuerlich den Fraktionsvorsitz, Manfred Kanther wurde neuer Geschäftsführer von Partei und Fraktion.

Alfred Dregger als Landesvorsitzender blieb dabei auch dank seiner enormen Arbeitseffizienz, welche ihm trotz der Bonner Verpflichtungen eine breite Präsenz in Hessen ermöglichte, der Dreh- und Angelpunkt der hessischen Union.

Die CDU stand in Hessen wie im Bund einer sozialliberalen Koalition gegenüber und profilierte sich durch harte Oppositionsarbeit, an

deren Spitze sich Dregger den Ruf eines konservativen „Law-and-Order“-Politikers verdiente. Diese Konstellation sollte fast zehn Jahre konstant die Grundlinie der parteipolitischen Auseinandersetzung in Bonn wie in Wiesbaden bilden.

In den 1970er Jahren bestimmten vor diesem Hintergrund die Schulfrage und die Gebietsreform die hessische Politik.

Die Gebietsreform der Landesregierung war ein Thema, dass der CDU unzufriedene Wähler zutrieb. Der gescheiterte Versuch der Landesregierung, das gegliederte Schulsystem zu Gunsten einer Gesamtschule abzuschaffen, und streitige Vorgaben für neue Unterrichtsinhalte (vor allem die Abschaffung des Geschichtsunterrichts und ideologisch gefärbte Vorgaben für Unterrichtsinhalte) trafen auf







den unerbittlichen Widerstand der CDU – und mit ihr auf den Widerstand vieler Eltern.

Aber auch die „großen“ politischen Fragen der 1970er Jahre zur Außenpolitik, dem Kalten Krieg und das Verhältnis zur DDR spielten eine wichtige Rolle in der politischen Auseinandersetzung.

Nicht zuletzt boten der zunehmend wahrgenommene Machtmissbrauch und die Vetternwirtschaft der SPD-Regierung, die unter dem Motto „28 Jahre sind genug“ aufgegriffen wurden und in der „Helaba-Affäre“ ihren Höhepunkt fanden, reichlich Angriffspunkte.

Durch ihre konsequente Haltung, die dem Bürgerwillen vor allem in der Schulpolitik Priorität einräumte und ideologisch gefärbte Experimente ablehnte, punktete die Union beim Wähler: Bei der Landtagswahl 1974 errang die CDU mit 47,5 Prozent einen glänzenden Sieg, gewann 7,6 Prozentpunkte dazu und wurde mit 53 von 100 Sitzen im Landtag erstmals stärkste Partei. Dregger hatte in sieben Jahren Landesvorsitz das Ergebnis der CDU um fast 20 Prozentpunkte steigern können.

Sie verblieb jedoch in der Opposition, weil die absolute Mehrheit gegen SPD und FDP um zwei Sitze oder rund 30.000 Stimmen verpasst wurde. In den letzten Monaten war es wohl nicht zuletzt der Wechsel im Amt des Bundeskanzlers von Brandt zu Schmidt, der die Erosion der SPD, die in mehreren Wahlen des Jahres 1974 sichtbar wurde, entscheidend bremste. Doch auch interne Querelen innerhalb der Union und der Streit zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU auf Bundesebene mögen am Ende in dem engen Rennen 1974 einen Ausschlag gegeben haben.

ALFRED DREGGER

Jurist, Oberbürgermeister, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, Dr. jur., römisch-katholisch,
*** 10.12.1920, † 29.06.2002**

- 1956 – 1970** Oberbürgermeister von Fulda
- 1962 – 1972** MdL Hessen
- 1967 – 1982** Vorsitzender der CDU Hessen
- 1977 – 1983** stellvertr. Vorsitzender der CDU Deutschlands
- 1976 – 1982** stellvertr. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
- 1982 – 1991** Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion

Der Weg in die Politik begann 1956 mit der Wahl zum Oberbürgermeister von Fulda. Alfred Dregger war damals der jüngste Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt.

1967, ein Jahr nach der verlorenen Landtagswahl, übernahm Dregger den Landesvorsitz der hessischen CDU. In der Ära Dregger stiegen die Mitgliederzahlen der CDU von 22.000 auf 71.000 und es gelang der Aufbau einer modernen Parteiorganisation. Sein kämpferischer und auch polarisierender Stil machten ihn zur Zielscheibe des politischen Gegners. „Don Alfredo“ und „Django Dregger“ standen, in Anlehnung an ein Landtagswahlplakat von 1970, für ein forsches und entschlossenes Auftreten. 1974 errang die Partei bei der Landtagswahl 47,5 Prozent der Stimmen und verfehlte nur knapp die absolute Mehrheit, um

regieren zu können. Als Landesvorsitzender der hessischen CDU gewann Alfred Dregger auch zunehmend bundespolitisch an Gewicht. Er galt als Sprachrohr des konservativen Flügels und Interessenvertreter der Kriegs- und Aufbaugeneration in der Union. Der CDU-Slogan zur Bundestagswahl 1976 „Freiheit statt Sozialismus“ ist auf ihn zurückzuführen. Viele seiner politischen Gegner sahen in Alfred Dregger einen rechtskonservativen Law- and Order-Mann. Andere, wie Hans-Jochen Vogel, mit dem ihm trotz unterschiedlicher parteipolitischer Ausrichtung seit den Marburger Studententagen eine enge Freundschaft verband, schätzten seine Gradlinigkeit und Aufrichtigkeit.

Nach der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler wählte die CDU/CSU-Fraktion Alfred Dregger 1982 fast einstimmig zu ihrem neuen Vorsitzenden. In der Debatte um die Nachrüstung zu Beginn der 1980er Jahre trat er für den NATO-Doppelbeschluss ein. Der Schutz der Demokratie vor ihren inneren und äußeren Feinden, die Freiheit des Einzelnen im sozialen Rechtsstaat und die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit prägten seine Grundüberzeugungen.



Die erstarkte Landtagsfraktion nahm unter ihrem neuen Vorsitzenden, Gottfried Milde, die harte Oppositionsarbeit wieder auf. Die Aufklärung der Helaba-Affäre und die weiterhin streitbehaftete Schulpolitik prägten die Mitte der 70er.

Das Ergebnis der Kommunalwahl 1977 gleicht einem Erdbeben für die SPD. Die CDU konnte ihren Stimmanteil auf fast 48 Prozent steigern und u.a. in 13 von 20 Landkreisen sowie in Frankfurt, Wiesbaden, Offenbach und Darmstadt die Mehrheit gewinnen. Die Wahl Walter Wallmanns zum Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt zeigte symbolträchtig, dass die CDU auch kommunalpolitisch zur führenden Kraft in Hessen geworden war.



Neben der Konsolidierung der hessischen SPD unter Ministerpräsident Börner, der in Reaktion auf dieses Ergebnis Fehler in der Schulpolitik und der Gebietsreform eingestand und rückgängig machte, darf auch der Beitrag der bundespolitischen Streitigkeiten zwischen CDU und CSU und die mediale Fokussierung auf die Auswirkungen der Hessen-Wahl auf die beliebte Regierung Schmidt (die Medien riefen in Hessen eine „kleine Bundestagswahl“ aus) nicht geringgeschätzt werden, wenn es um die Frage geht, wo zwischen 1977 und 1978 die entscheidenden Wählerstimmen auf dem Weg zur Regierungsübernahme auf Landesebene verloren gingen.

46,0 Prozent und weiterhin 53 der 100 Sitze im Landtag standen am Wahlabend 1978 bei einer Rekordwahlbeteiligung von 87,7 Prozent als Ergebnis fest. Trotz Zugewinne in der absoluten Stimmenzahl und dem nach 1974 zweitbesten Ergebnis der Geschichte hatte die CDU anteilmäßig rund 1,3 Prozentpunkte verloren und das Ziel einer absoluten Mehrheit doch recht deutlich verfehlt.

Das Werben um die FDP hatte sich schon vor dem Wahlabend als vergeblich erwiesen – die Aussicht hieß also abermals „Opposition“, was Alfred Dregger bereits am Wahlabend unumwunden zugeben musste. Dennoch blieb Dregger Landesvorsitzender.

Es kann nicht überraschen, dass das Scheitern auch des „dritten Anlaufes“ zur Regierungsübernahme in der Landespartei eine gewisse Ernüchterung hervorrief und auch die traditionelle Geschlossenheit der Partei und die Führungskraft Dreggers Risse bekamen. Bei der Bundestagswahl stotterte der Wahlkampfmotor und in Hessen stimmten „nur“ gut 40 Prozent für die CDU und Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß.





Es waren aufregende und kontroverse landespolitische Themen, wie der Bau der Startbahn West und die damit in Zusammenhang stehenden gewalttätigen Proteste, der Streit um den Atomstandort Hanau, aber auch die langsame Verschiebung der politischen Platten-tektonik auf Bundesebene mit der schrittweisen Öffnung der FDP für eine gemeinsame Politik mit der CDU, die auch der hessischen Union rechtzeitig vor der Kommunalwahl im März 1981 neue Kampfkraft einhauchte, so dass man mit über 47 Prozent der Stimmen das Rekordergebnis von 1977 nahezu halten konnte.

Der Triumph Walter Wallmanns, dessen CDU Frankfurt an diesem Tag über 54 Prozent der Wählerstimmen gewann, nährte die Meinung derer, die in Wallmann endgültig den zweiten starken Mann an der Seite Dreggers und aus Sicht der Medien den legitimen Nachfolger und künftigen Spitzenkandidaten der CDU Hessen sahen.

Insofern überraschte es doch nicht wenige Beobachter, dass bereits im August 1981, in großer Übereinstimmung mit dem gesamten Landesvorstand, die erneute Kandidatur Alfred Dreggers als Spitzenkandidat der CDU für die Landtagswahl 1982 beschlossen und verkündet wurde.

Die Entwicklungen auf Bundesebene, die Annäherung an die FDP und die Querelen der Landesregierung ließen auf eine nochmalige Chance schließen, dass die CDU endlich den Regierungswechsel schafft.

Wirtschaftspolitische Debatten prägten den Wahlkampf 1982 – der Ausbau des Flughafens und weitere Infrastrukturprojekte und der Streit um die Atompolitik waren wichtige Fragestellungen. Insgesamt aber wurde die Auseinandersetzung mit der SPD weniger aggressiv

und dogmatisch. Die Union durfte und wollte SPD und FDP angesichts der heftigen Konflikte zwischen den Koalitionspartnern nicht durch allzu scharfe Angriffe befrieden, suchte man doch selbst die Zusammenarbeit mit der FDP. Und so sah sich die CDU bestärkt, als die FDP im Juni 1982 auf einem Parteitag erstmals eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU beschloss, weil antimarktwirtschaftliche Beschlüsse der SPD (die in Teilen verstärkt auf eine Zusammenarbeit mit den Grünen schielte und dies u.a. in der Hamburger Bürgerschaft durchsetzte) dazu führte, dass in der FDP die inhaltlichen Schnittmengen mit der CDU inzwischen höher bewertet wurden, als mit dem langjährigen Koalitionspartner SPD.

So sprach noch Anfang 1982 vieles für den Machtwechsel. Die CDU war geschlossen, hatte ein gutes Programm und stand bei Meinungsumfragen nahe bei 50 Prozent. Die FDP hatte sich zur CDU bekannt und stünde für eine bürgerliche Regierung bereit. Die SPD schloss eine Zusammenarbeit mit den Grünen, deren Einzug in den Landtag wahrscheinlich schien, vor allem wegen ihrer Beteiligung an den gewalttätigen Protesten an der Startbahn West kategorisch aus und schien damit keine realistische Mehrheitsperspektive zu besitzen.

Doch es kam – gesteuert durch die Ereignisse im Bund – anders. Die sozialliberale Koalition im Bund brach auseinander und die FDP wechselte auch im Bund den Partner. Statt Neuwahlen herbeizuführen, ging man den Weg des konstruktiven Misstrauensvotums, was von Presse und großen Teilen der Bevölkerung sehr negativ aufgenommen wurde und insbesondere der FDP massiv schadete. Auch schien der Start der neuen Koalition kaum gelungen; vielfältige Sparankündigungen und Personalstreitigkeiten im Bund überschatteten die hessischen Wahlkampfwochen.



Die SPD in Hessen stellte fortan den „Verrat in Bonn“ in den Mittelpunkt des Wahlkampfes in Hessen. Nachwahlanalysen zeigen, dass die Bonner Ereignisse den Landtagswahlkampf überrollt haben und insbesondere SPD-Wähler mobilisierte, während die FDP drastisch einbrach.

Aus der großen Hoffnung wurde eine große Ernüchterung. Die absolute Mehrheit wurde mit 45,6 Prozent deutlich verfehlt. Die FDP wurde abgestraft und verpasste mit 3,1 Prozent den Sprung in den Landtag deutlich. Damit war keine bürgerliche Koalition in Reichweite. Die junge grüne Partei, die freilich nicht regieren wollte und mit der auch die SPD jede Zusammenarbeit ausgeschlossen hatte, erhielt neun Mandate. Ein parlamentarischer Patt und die „hessischen Verhältnisse“ waren die Folge.

Anders als im Landtag waren die Folgen für die CDU jedoch eindeutig und klar. Vorsitzender und Spitzenkandidat Dregger erklärte am Wahlabend in seiner ihm eigenen offenen Art: „Dieses Ergebnis ist eine Niederlage für die hessische CDU, für die CDU insgesamt und für mich persönlich. (...) Die Partei braucht eine neue Perspektive und einen neuen Vorsitzenden.“

So schied Alfred Dregger – der Mann, der die CDU Hessen über 15 Jahre als starker Vorsitzender geprägt hatte – unvollendet aus der hessischen Landespolitik. Unter ihm entwickelte sich die CDU in Hessen zu einer starken Partei, die die Vormachtstellung der SPD gebrochen hatte, ohne dass das Ziel der Regierungsübernahme, das Dregger 1967 gesteckt hatte, erreicht werden konnte. Gleich viermal fehlte es an Timing oder dem Quäntchen Glück, das nötig gewesen wäre, um das „rote Hessen“ zu erobern.

Unser Ziel ist Ihr Zuhause



Dietmar Bücher
Schlüsselfertiges Bauen
65510 Idstein



www.dietmar-buecher.de



In den 15 Jahren von Dreggers Parteivorsitz steigerte die hessische CDU ihre Mitgliederzahl auf über 71.000 – ein auch im Bundesvergleich weit überdurchschnittlicher Zuwachs – und wurde zu einem berüchtigten politischen Kampfverband, der regelmäßig herausragende Ergebnisse erzielen konnte.

Bereits einen Tag nach der Niederlage bei der Hessenwahl wurde Walter Wallmann von Landesvorstand und Landesausschuss einstimmig zum neuen Landesvorsitzenden gewählt – Dregger hatte ihm zwar keine Mehrheit, aber doch immerhin einen geeinten und geschlossenen Verband hinterlassen können.

Eine Woche später wählte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dregger zu ihrem Vorsitzenden und damit in der bundesweiten Beachtung sicher in das wichtigste Amt seiner Karriere.

Dregger sollten für seine Verdienste um die Grundsteinlegung der späteren Erfolge viele Ehrungen zuteilwerden. Unter anderem wurde er der zweite Ehrenvorsitzende der CDU in Hessen. 2010 gab die CDU ihrer Wiesbadener Landesgeschäftsstelle den Namen „Alfred-Dregger-Haus“.

02.

DEZEMBER 1967

Auf dem Eltviller Landesparteitag wird Alfred Dregger Vorsitzender der CDU Hessen. Es beginnt eine neue Ära in der hessischen CDU.

27.

OKTOBER 1974

Bei der Landtagswahl 1974 erringt die CDU mit 47,5 Prozent einen Erdrutschsieg und wird erstmals stärkste Partei, verbleibt jedoch in der Opposition. Auf kommunaler Ebene wird die Union zwischen 1977 und 1985 zur entscheidenden Kraft.

18.

DEZEMBER 1982

Ende der Ära Dregger in Hessen. In den 15 Jahren von Dreggers Parteivorsitze (1967–1982) steigert die hessische CDU ihre Mitgliederzahl auf über 71.000, ein auch im Bundesvergleich weit überdurchschnittlicher Zuwachs.

1967

1971

1975

1979

1983

08.

NOVEMBER 1970

Die SPD verliert die absolute Mehrheit, bleibt aber stärkste Partei. Die CDU gewinnt mit Alfred Dregger 13,3 Prozentpunkte hinzu und erreicht mit 39,7 Prozent ihr bis dahin bestes Landtagswahlergebnis.

08.

OKTOBER 1978

Bei den Wahlen zum 9. Hessischen Landtag wird die Koalitionsregierung aus SPD und FDP bestätigt. Der CDU gelingt es nicht, ihr bei der Landtagswahl 1974 erzielltes Rekordergebnis von 47,3 Prozent zu wiederholen. Dennoch erzielt sie mit einem Stimmenanteil von 46 Prozent ein hervorragendes Resultat.

20.

AUGUST 2010

Als besondere Ehrung für ihren zweiten Ehrenvorsitzenden gibt die CDU ihrer Wiesbadener Landesgeschäftsstelle den Namen Alfred-Dregger-Haus.

ACHTERBAHN – HESSEN WAR SCHON IMMER KNAPP

» 1982 BIS 1998

HESSISCHE VERHÄLTNISSE

Auf dem Alsfelder Landesparteitag am 18. Dezember 1982 übergab Alfred Dregger, der die Partei in vier Wahlkämpfen angeführt hatte, das Ruder an Walter Wallmann. Wallmann war seit 1966 im Landtag, seit 1967 stellvertretender Parteivorsitzender, seit 1970 stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Innenausschusses des Hessischen Landtags. Bei der Landtagswahl 1970 gehörte er zur Kernmannschaft Alfred Dreggers. 1972 gelang der Sprung in den Deutschen Bundestag. 1976 wurde Wallmann stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Am 20. März 1977 gelang bei der Kommunalwahl in Frankfurt eine Sensation: Die CDU erreichte mit Walter Wallmann als Spitzenkandidat in Frankfurt am Main 51,3 Prozent der Stimmen und beendete damit die seit 1945 währende SPD-Herrschaft der größten

hessischen Stadt. Wallmann wurde Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt.

In all diesen Ämtern erwarb sich Wallmann durch seine Ruhe, Sachlichkeit und Kompetenz großen Respekt auch über die Parteigrenze hinaus. Seine Erfahrung, seine Erfolge bei vielen Wahlen und seine tiefe Verwurzelung in der Partei machten ihn zum „natürlichen Nachfolger“ Dreggers, auch wenn er als Vertreter einer urban geprägten CDU im Gegensatz zu Dregger eher als Liberaler galt. So wurde der Generationenwechsel auch ein Wechsel in der politischen Ausrichtung des Landesverbandes; weg vom polarisierenden konservativen Flügel hin zu einer „regierungspragmatischen Mitte“.

Mit Gottfried Milde an der Spitze der Fraktion und Manfred Kanther als Geschäftsführer von Partei und Fraktion sollte ein Triumvirat die neue Führungsmannschaft bilden.

Uns verbinden Werte



Wir gratulieren herzlich zum 75-jährigen Jubiläum der CDU Hessen.

www.eb.de

 Evangelische
Bank



Mit nur einer Gegenstimme aus den Reihen der fast 500 Delegierten übernahm Wallmann eine äußerst geschlossene Partei – wenngleich die politische Lage in Hessen deutlich unübersichtlicher war.

Denn die Lage war verfahren: Die CDU hatte ihre Wahlziele 1982 nicht erreicht, hatte – vor allem durch das Herausfallen der FDP aus dem Landtag – keine Mehrheit, war aber mit 45,6 Prozent doch klar stärkste Partei geworden. Die SPD hatte ihr schlechtestes Ergebnis seit 1946 eingefahren. Die Grünen zogen mit 8 Prozent in den Landtag ein – mit dieser jungen politischen Gruppierung hatte freilich vorher gerade die SPD jegliche Form der Zusammenarbeit in drastischen Worten kategorisch ausgeschlossen. So hatte niemand eine Mehrheit im Landtag. Die Regierung Börner blieb zwar geschäftsführend im Amt, war aber praktisch handlungsunfähig.

Nach den Jahren der harten Auseinandersetzung wird es Wallmann nicht leichtgefallen sein, der SPD entgegenzukommen und Wege aus der staatspolitischen Krise anzubieten und zu klaren und stabilen Regierungsverhältnissen zu kommen. Ziel war es, in einem geordneten Verfahren den Weg zu Neuwahlen freizumachen. Dafür bot Wallmann der SPD sogar an, einen sozialdemokratischen Wahlvorschlag bei der überfälligen Wahl zum Ministerpräsidenten zu unterstützen.

Da vor allem die Bundestagswahl im März 1983 zeigte, dass CDU und FDP gemeinsam mit einer deutlichen Mehrheit rechnen konnten, verweigerte die SPD jedoch zunächst die nötigen Schritte zu einer Neuwahl ebenso, wie jedes konstruktive Gespräch mit der CDU über eine gemeinsame Regierung. Die SPD setzte entgegen aller Beteuerungen auf eine geschäftsführende Minderheitsregierung,

getragen durch eine informelle Zusammenarbeit mit den Grünen. Erst im Herbst 1983 war die SPD bereit, der Auflösung des Landtages und Neuwahlen zuzustimmen.

Bis dahin hatte der holprige Start der neuen Bundesregierung, die auf Grund der zerrütteten Staatsfinanzen die hohen Erwartungen kurzfristig nicht erfüllen konnte, sondern zunächst ein Konsolidierungsprogramm auflegen musste, nach Hessen durchgeschlagen und die Aussichten der CDU eingetrübt.

Während die SPD weiterhin lauthals jede Zusammenarbeit mit den Grünen ausschloss und gegen die Sparpolitik der neuen Bundesregierung anging, geriet die CDU in die Defensive und musste zudem durch eine Zweitstimmenkampagne sicherstellen, dass die FDP den Einzug in den Landtag nicht erneut verpasst. So erklärte sich das vergleichsweise schwache Ergebnis von 39,4 Prozent für die Union. Die FDP kam zwar mit 7,6 Prozent gestärkt in den Landtag – für eine Koalition nach Bonner Vorbild reichte es aber nicht, da auch die Grünen mit 5,9 Prozent zwar verloren, aber abermals im Landtag vertreten waren. Die Mobilisierung sozialdemokratischer Wähler gegen die Politik in Bonn gelang und die SPD feierte mit 46,2 Prozent einen Triumph, der nicht für eine Alleinregierung ausreichte. Die strukturelle politische Lage, in der kein politisches Lager eine Mehrheit bilden kann, blieb damit bestehen.

Über neun Monate arbeitete die SPD in unzähligen wichtigen Fragen (inklusive des Landeshaushalts 1984) mit einer jungen grünen Partei, die nach eigenem Bekunden ihr Verhältnis zum Rechtsstaat noch nicht geklärt hatte, zusammen, ohne formal eine Zusammenarbeit beschlossen zu haben. Börner blieb im Amt und weitete die



informelle Zusammenarbeit bis Juni 1984 zu einer formellen Duldung einer SPD-Minderheitsregierung durch die Grünen aus.

Nochmals versuchte die CDU, der offensichtlich erpressbar gewordenen SPD durch einen „Pakt der Vernunft“ (Wallmann) eine Zusammenarbeit im Sinne des Landes anzubieten, was die SPD-Landtagsfraktion allerdings zurückwies.

Es waren chaotische und für die politischen Beobachter unvorhersehbare Tage, in denen die Grünen immer neue Forderungen an die SPD stellten, die zum Zweck des Machterhalts nach und nach erfüllt wurden. Schritt für Schritt schälte sich eine rot-grüne Zusammenarbeit heraus, die nach 18-monatiger Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung durch die Grünen am 12. Dezember 1985 in der ersten rot-grünen Koalition in Hessen mündete – inklusive der Vereidigung von Joschka Fischer in Turnschuhen zum hessischen Umweltminister.

Der CDU blieb nur die Option einer klaren Oppositionslinie und die Schärfung des eigenen Profils als Gegenmodell zur rot-grünen Chaosregierung.

Eines der bedeutendsten Themen der CDU in dieser Legislaturperiode war erneut die Schulpolitik. Die Landesregierung führte an allen Schulen die „Förderstufe“ in der 5. und 6. Klasse ein. Gegen diese Politik setzte die Union auf „Schulfreiheit“, d. h. die Wahlfreiheit zwischen Förderstufe und dem direkten Übergang auf die weiterführende Schule nach der 4. Klasse.

Mit dem Reaktorunglück von Tschernobyl 1986 und der daraus resultierenden große Verunsicherung der Bevölkerung rückte die Atompolitik noch stärker in den Fokus der deutschen und wegen der besonderen politischen Konstellation vor allem auch der hessischen Politik.

Walter Wallmann wurde erster Bundesumweltminister in einem neu gegründeten Ministerium in Bonn und bildete einen sachlichen Gegenpart zur grünen Hysterie, die von der SPD bereitwillig begleitet, manchmal sogar befeuert wurde. So wird die Atompolitik zum Menetekel zwischen dem hessischen Landesvorsitzenden in Ministerwürden und leidenschaftlich polemisierenden Grünen mit einem hessischen Umweltminister an der Spitze und einer SPD im Zickzack-Kurs.

Dass sich beide Koalitionspartner mit Blick auf die Bundestagswahl im Januar 1987 zu profilieren versuchten und dass bei dieser Wahl mit einem Ergebnis von 44,3 Prozent bundesweit und immerhin über 41 Prozent in Hessen dennoch ein klarer Erfolg der Union stand, beschleunigte den internen Erosionsprozess der Landesregierung. Zuletzt manifestierte sich dieser am Streit über das Hanauer Nuklearunternehmen Alkem und an dessen Ende standen die Entlassung Fischers, der Rücktritt Börners und vorgezogene Neuwahlen.

Auf Antrag der CDU Fraktion beschließt der Hessische Landtag am 17. Februar 1987 seine Auflösung. Die Wähler erhalten eine neue Chance, die „hessischen Verhältnisse“ zu beenden.





ENDLICH AM ZIEL...

Es ist eine harte Wahlkampf-Auseinandersetzung. Zwar bot das Chaos der rot-grünen Regierung ausreichend Angriffspunkte, um Wähler anzusprechen. Gleichzeitig stieß u.a. die klare Haltung der Union, an der Kernenergie festzuhalten, in der Bevölkerung mehrheitlich auf Ablehnung und mobilisierte sozialdemokratische und vor allem grüne Wähler.

Was folgte, war eine Zitterpartie bis zur buchstäblich letzten Minute. Demoskopen prognostizierten noch am Wahltag – dem 5. April 1987 – einen leichten Vorsprung des rot-grünen Lagers.

Doch am Ende des Abends sollten bei der hessischen Union die Sektorkorken knallen: Mit 42,1 Prozent stand die CDU deutlich vor der SPD. Und noch wichtiger: Rund 1500 Stimmen hatten CDU und FDP zusammen mehr errungen, als SPD und Grüne. Daraus ergab sich ein Mandatsverhältnis von 56 zu 54 Sitzen und eine Mehrheit für eine Koalition aus CDU und FDP! Endlich gab es – nach über 40 Jahren ohne politische Führungsverantwortung – eine Mehrheit für eine unionsgeführte Landesregierung!

Kein anderer Landesverband der CDU hat in einem Flächenland so lange auf eine führende Regierungsbeteiligung warten müssen. Der Ehrenvorsitzende, Alfred Dregger, erklärte am Wahlabend: „Was in Eltville 1967 begonnen wurde, hat Walter Wallmann vollendet.“

Wie gut CDU und FDP auf die Übernahme der Regierungsverantwortung vorbereitet waren und wie sehr Harmonie und Gemeinsamkeiten im Kontrast zum vorher herrschenden rot-grünen

Gegeneinander standen, zeigte sich am Ablauf der folgenden Tage. Innerhalb weniger Tage stand der Koalitionsvertrag der Wunschpartner.

Walter Wallmann wurde am 23. April 1987 zum Ministerpräsidenten Hessens – dem ersten aus den Reihen der CDU – gewählt. An seiner Seite stand mit Manfred Kanther als Finanzminister, Gottfried Milde als Innenminister, Karl-Heinz Koch als Justizminister, Karl-Heinz Trageser als Sozialminister, Dr. Christean Wagner als Kultusminister, Alfred Schmidt als Wirtschaftsminister und Karlheinz Weimar als Umweltminister sowie der parteilosen Irmgard Reichhardt als Landwirtschaftsministerin ein Team aus überwiegend erfahrenen Kräften, die schon lange an der Seite Wallmanns für eine Mehrheit gestritten hatten. Hartmut Nassauer wurde als Fraktionsvorsitzender wichtiges Bindeglied und Garant für eine reibungslose Koalitionsarbeit im Parlament. Franz Josef Jung wurde Generalsekretär der CDU Hessen.

Nach langen Jahren in der Opposition lag eine Vielzahl von Aufgaben vor der neuen Regierung, die man entschlossen anging. Zentral dabei war sicher die Umsetzung des wichtigsten Wahlversprechens – die Schulfreiheit wurde mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung der freien Schulwahl im Lande Hessen“ gegen den mit harten Bandagen geführten Widerstand wieder gesichert. Die Opposition ging dabei sogar soweit, den schweren Verkehrsunfall eines FDP-Abgeordneten zu nutzen, um durch die Herstellung der Beschlussunfähigkeit des Landtags die Einführung der Schulfreiheit zu verzögern.

Im ersten CDU-verantworteten Haushalt für Hessen wurden neue Schwerpunkte gesetzt und vor allem Infrastruktur und Forschung

durch kommunale und Landesinvestitionen sowie Wirtschaftsförderung gestärkt. Auch die personelle und sachliche Stärkung der Polizei in Hessen war eines der ersten großen Projekte der neuen Regierung. Ebenso ging die Neuordnung des Kommunalwahlrechts mit Direktwahl von Landräten und Oberbürgermeistern auf diese Zeit zurück.

... FOLGEN SCHNELL RÜCKSCHLÄGE

Gleichzeitig schlagen negative Entwicklungen aus Bonn in die hessische Politik durch. Der ohnehin anhaltende Abwärtstrend der Union nimmt dramatische Formen an. Der rasante Anstieg der Asylbewerberzahlen aus Osteuropa und die Debatte um Artikel 16 des Grundgesetzes schaden dem Ansehen der Bundesregierung ebenso wie eine Rentenreform mit Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Sonntagsarbeit, eine Änderung der Ladenschlusszeiten und die Probleme im Gesundheitswesen, die unter dem Stichwort „Pflegenotstand“ bundesweite Proteste hervorriefen.

In Hessen überlagert die Diskussion über das „Gesetz zur Erhöhung der Abgeordnetendiäten“, in dessen Folge Landtagspräsident Jochen Lengemann abtreten musste, und der Atom-Skandal um die Firma Nukem die politische Sacharbeit.

Die Folge waren herbe „Denkzettel“ bei der Kommunalwahl im März 1989, als die CDU auf rund 34 Prozent abrutschte und damit 10 Prozentpunkte hinter der SPD landete. Zudem verlor sie die Mehrheit in Frankfurt und auch die Wahl zum Europaparlament im Juni 1989 fiel mit 33,3 Prozent ähnlich schlecht für die CDU Hessen aus.

Es war vor allem das Erstarken rechtsextremer Parteien wie der NPD und der Republikaner durch die Asyldebatte, die diese Wahlen prägte und die Mehrheitsfähigkeit der Union grundsätzlich in Frage stellte. Der politische Kampf gegen diese rechtsextremen Kräfte war eine Aufgabe von herausragender Bedeutung.

Wie groß die Unruhe und Unzufriedenheit in der Union war, zeigt sinnbildlich der dramatische Parteitag 1989 in Bremen mit der Demission Heiner Geißlers und der in letzter Minute vermiedenen Kampfabstimmung um den Bundesvorsitz zwischen Bundeskanzler Kohl und Lothar Späth.

DER MANTEL DER GESCHICHTE

Doch abseits dieser innerparteilichen Schwierigkeiten war es die große Weltpolitik und die einmaligen und für das deutsche Volk historischen Ereignisse des Herbstes 1989, die auch die hessische Politik und allen voran die hessische CDU in ihren Bann zog.

Die Entwicklungen in der Sowjetunion und die Protestbewegung in der DDR drängten die „Deutschlandpolitik“ in den Mittelpunkt aller Debatten. Gerade in Hessen und im hessischen Landesverband wurde das Ziel der Einheit Deutschlands in Freiheit immer in besonderer Weise hochgehalten.

Es wird der Bedeutung des Ereignisses nicht gerecht, wenn hier „nur“ die Rede vom Beitrag der hessischen CDU an den geschichtsträchtigen Ereignissen sein soll. Und doch gehört es zu den besonderen Leistungen, dass auch Landespolitik einen Beitrag zu einer der glücklichsten Entwicklungen in der Geschichte Deutschlands beitragen konnte.

Hessen war aufgrund seiner Lage an der innerdeutschen Grenze von der Ausreisewelle und der Massenflucht aus der DDR während des Sommers 1989 unmittelbar betroffen. Unter Unionsführung war klar, dass Hessen niemanden zurückweisen und jeden Ostdeutschen aufnehmen wird, wie Wallmann im September 1989 im Landtag nochmals bekräftigte.

Die christlich-liberale Hessische Landesregierung und die CDU im Besonderen suchten auf wirtschaftlicher, kultureller, sozialer und politischer Ebene die Zusammenarbeit und Freundschaft mit den lange getrennten Nachbarn aus Thüringen. Die unnatürliche Grenze im Osten Hessens hatte Freundschaften und Familien über Jahrzehnte getrennt. Es schien nur natürlich, dass Hessen im Zuge des Einigungsprozesses für diesen Nachbarn, mit denen über Jahrhunderte gewachsene historische Verbindung bestand, eine besondere Verantwortung übernehmen würde.

Bereits Ende 1989 beschließt der Hessische Landtag auf Vorschlag Wallmanns einstimmig mit dem „Aktionsprogramm Hessen-Thüringen“ die Inkraftsetzung eines umfassenden Investitionsprogramms für den Aufbau des Landes Thüringen. Das Programm sah finanzielle Soforthilfen im Umfang von 250 Millionen DM und einen Bürgschaftsrahmen von 500 Millionen DM vor – das hessische Hilfsprogramm hatte damit ein größeres Volumen als die Unterstützungsprogramme aller anderen Bundesländer zusammen. Es sollte zur Entwicklung von Gesundheitswesen, Umweltschutz, Verkehrswesen und Denkmalpflege sowie zur Förderung privater Kleinunternehmen, aber auch dem Aufbau demokratischer Strukturen, zur Verwaltungs- und Justizhilfe und der Schaffung technischer, organisatorischer und inhaltlicher Voraussetzungen für einen fairen demokratischen Wahlkampf dienen.

Detect and Protect

HENSOLDT liefert die passende Lösung für jeden Bedarf.

Mit der Übernahme der Verantwortung für das neue Radarsystem des Eurofighters beginnt für HENSOLDT eine neue Zeitrechnung. Das neue elektronisch schwenkbare AESA Radar kann mit seinen über 1.400 direkt in die Antenne integrierten Sende- und Empfangsmodulen mehrere Aufgaben, wie z.B. Bodenüberwachung, Zielverfolgung und Flugkörperlenkung gleichzeitig erfüllen. Deutsche Schlüsseltechnologie macht den Eurofighter der Luftwaffe damit startklar für die Herausforderungen der Zukunft.



Die Begleitung von Hilfslieferungen über die obsolet gewordene Grenze und der gemeinsame Wahlkampf 1990 mit den Freunden der CDU in Thüringen, der mit der Veranstaltung „Grenzenlos – gemeinsam für Deutschland“ in Philippsthal/Vechta mit 40.000 Teilnehmern einen Höhepunkt fand, und die folgende »Verwaltungshilfe für Thüringen« bei der Hessen durch Fach- und Rechtsberatung, Erfahrungsaustausch, Aus- und Fortbildungshilfe, technische Hilfe und Zusammenarbeit zwischen Behörden und Einrichtungen den neuen Freistaat Thüringen aufzubauen half, gehörte sicher zu den schönsten und bleibenden Erinnerungen vieler Zeitzeugen innerhalb der hessischen Union.

TRISTER ALLTAG – ZURÜCK IN DIE OPPOSITION

Da eine Zusammenlegung der Wahlen zum Landtag mit der ersten freien gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 aus verfassungsrechtlichen Gründen ausschied, stellte sich die landespolitisch erfolgreiche Regierung am 20. Januar 1991 zur Wiederwahl.

War es nicht vor allem die CDU, die in Frieden und Freiheit die Wiedervereinigung Deutschlands erreicht hatte? Die Bundestagswahl schien zu bestätigen, dass die Arbeit der CDU-geführten Regierungen honoriert würde – 41,3 Prozent wählten in Hessen CDU und statteten Helmut Kohl mit einer komfortablen Mehrheit aus. Hessen entsendete 22 Abgeordnete in das erste gesamtdeutsche Parlament seit der Weimarer Republik.

Mit Erfolgen, wie der eingeführten Schulfreiheit, Verbesserungen in der Inneren Sicherheit, beim Wohnungsbau, in der Forschung und einer „Sozialen Investitionsoffensive“ mit einem Volumen von



WALTER WALLMANN

Jurist, Oberbürgermeister, Bundesminister, Ministerpräsident, Dr. jur., evangelisch
*** 24.09.1932, † 21.09.2013**

Mit dem Eintritt in die CDU 1960 begann der Weg in die Politik. Der Aufstieg erfolgt rasch: 1967 Wahl zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der CDU, drei Jahre später stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Innenausschusses des Hessischen Landtags.

Bei der Landtagswahl 1970 gehörte er zur Kernmannschaft Alfred Dreggers. 1972 gelang der Sprung in den Deutschen Bundestag. Bundespolitisch bekannt wurde Wallmann, als er 1974 bis 1975 den Guillaume-Untersuchungsausschuss leitete, der die Hintergründe des Rücktritts von Willy Brandt als Bundeskanzler aufklären sollte. Politische Freunde und auch politische Gegner zollten seiner Sachlichkeit und seiner profunden Aktenkenntnis Respekt.

Bei der hessischen Kommunalwahl am 20. März 1977 gelang die Sensation: Die CDU erreichte mit ihrem Spitzenkandidaten Walter Wallmann in Frankfurt am Main 51,3 Prozent der Stimmen und beendete damit die seit 1945 währende SPD-Herrschaft der größten hessischen Stadt. Walter Wallmann sah sich als Oberbürgermeister aller Frankfurter. Über neun Jahre bestimmte Walter

Wallmann die Geschicke der bis dahin als unregierbar geltenden Stadt. Ruhig und sachlich packte er die Probleme an: die Bekämpfung der Kriminalität, den umstrittenen Ausbau des Flughafens, die Auflösung der autonomen Kindertagesstätten sowie die Begrenzung des unkontrollierten Zustroms von Asylsuchenden. Nach der verlorenen Landtagswahl im September 1982 wurde Wallmann zum neuen Landesvorsitzenden der hessischen CDU gewählt und löste seinen alten Freund und Weggefährten Alfred Dregger an der Parteispitze ab.

Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl berief Bundeskanzler Helmut Kohl Walter Wallmann am 3. Juni 1986 zum Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Das überraschende Ende der ersten rot-grünen Koalition im Februar 1987 führte ihn nach Hessen zurück. Nach dem Sieg bei der Landtagswahl im April 1987 wurde Wallmann als erster Christdemokrat zum Hessischen Ministerpräsidenten gewählt. Der Sieg der Union in einem Stammland der SPD kam einem politischen Erdbeben gleich: „Zum allerersten Mal ist es einer Bonner Regierungskoalition gelungen, während ihrer Amtszeit in einem Landesparlament von der Oppositions- auf die Regierungsbank zu wechseln“, so die Infas-Wahlanalyse.

100 Millionen DM, konnte sich die Bilanz der Regierung durchaus sehen lassen.

Doch in den rund acht Wochen zwischen beiden Wahlen, sollte sich die politische Lage grundlegend ändern.

Die Koalitionsverhandlungen in Bonn gestalteten sich unerwartet schwierig und wurden durch unpopuläre Vorschläge, wie die Erhöhung von Telefongebühren und Einführung einer Autobahngebühr, gestört. Die so genannte „Traumschiff-Affäre“ führte im Nachbarland Baden-Württemberg zum Rücktritt von Lothar Spät. Wenige Wochen später beschloss die Bundesregierung, die Steuern zwecks Finanzierung der deutschen Einheit deutlich zu erhöhen – was Kohl im Wahlkampf noch ausgeschlossen hatte. In Hessen betrieb die Opposition einen harten Wahlkampf und eine Schlammschlacht, in dessen Folge Innenminister Gottfried Milde in einer Landtagsdebatte im Zusammenhang mit der „Baker-Affäre“ einen – wie er selbst einräumte – politischen Fehler beging, indem er Interna aus einer Abhörung preisgab. Dass er aus diesem Fehler Konsequenzen zog und zurücktrat, konnte die Angriffe der Opposition nicht stoppen.

Und doch war es zweifelsfrei vor allem eine weltpolitische Entwicklung, die jeden „normalen“ Wahlkampf verhinderte und die Landtagswahl zu einem Randereignis machte. Am Mittwoch vor der Landtagswahl lief das Ultimatum der internationalen Koalition unter Führung der USA gegenüber dem Irak ab – es gab Krieg am Persischen Golf. Der Wahlkampfendspurt wurde eingestellt – die Debatten drehten sich nur noch um Krieg und Frieden.

Innerhalb kürzester Zeit wurde die gute Ausgangslage für eine Fortsetzung der Regierung Wallmann vor allem durch welt- und bundespolitische Entwicklungen hinweggespült. Bei niedriger Wahlbeteiligung fiel die Union mit 40,2 Prozent hinter die SPD zurück, die sich als „Friedenspartei“ profilieren konnte. Da auch die Grünen vor der FDP landeten, war klar, dass „Schwarz-Gelb“ mit 54 Sitzen gegen die 56 Sitze von SPD und Grünen abgewählt war. Walter Wallmann musste nach nur vier Jahren die Staatskanzlei wieder räumen.

Wallmann übernahm Verantwortung und verzichtete bereits am Wahlabend auf sein Abgeordnetenmandat. Er sollte noch bis 1992 Parteivorsitzender bleiben, um einen geordneten Übergang zu organisieren.





Ihr Partner für die neurologische Rehabilitation in Hessen



Sonnenberg-Klinik

Bad Sooden-Allendorf

In der Sonnenberg-Klinik behandeln wir Patienten mit neurologischen und neurochirurgischen rehabilitationsrelevanten Diagnosen. Unsere Behandlungsschwerpunkte sind Schlaganfall-erkrankungen, Multiple Sklerose und Morbus Parkinson.

Alle Patienten wohnen in Einzelzimmern. Bei Bedarf ist die Unterbringung von Angehörigen in der Klinik möglich.

Sonnenberg-Klinik
Fachklinik für Neurologie und Onkologie (AHB)
 Werner Wicker GmbH & Co. KG
 Hardtstraße 13 · 37242 Bad Sooden-Allendorf

Telefon 0 56 52.54-1
 E-Mail neurologie@sonnenberg-klinik.de
www.sonnenberg-klinik.de

Indikationen

- Cerebrovaskuläre Erkrankungen des zentralen Nervensystems
- Demyelinisierende Erkrankungen
- Neuroonkologische Krankheitsbilder
- Neuromuskuläre Erkrankungen
- Zustand nach Operation an den extra- und intrakraniellen hirnversorgenden Gefäßen sowie nach Gehirnoperationen
- Folgen von Schädel- und Hirnverletzungen
- Chronische Schmerzsymptome
- Entzündliche und infektiöse Erkrankungen des Nervensystems
- Anfallserkrankungen
- Neurodegenerative bzw. Basalganglien-erkrankungen
- Metabolische, traumatisch und toxisch erworbene Erkrankungen des Gehirns und des Rückenmarks
- Hereditäre und erworbene Neuropathien

Wicker-Kliniken. Wir sorgen für Gesundheit.



Am 12. März '89

Volker Bouffier

Damit unser Kreis gewinnt! **CDU**

Dass dieser Übergang angesichts der Herausforderungen nicht ohne Weiteres zu bewerkstelligen war, zeigte sich in der Diskussion um die Nachfolge in Partei- und Fraktionsvorsitz zwischen einer Riege junger Abgeordneter um Roland Koch (damals 32), der 1991 den Fraktionsvorsitz von Hartmut Nassauer übernommen hatte, Karlheinz Weimar und Volker Bouffier auf der einen und traditionelleren Kräften auf der anderen Seite, die im langjährigen Geschäftsführer und Finanzminister Manfred Kanther den natürlichen Nachfolger Wallmanns in beiden Ämtern sahen.

Die CDU-Fraktion wählte Manfred Kanther mit 30 zu 16 Stimmen zum Fraktionsvorsitzenden und nahm damit nach allgemeiner Ansicht auch die Wahl zum neuen Parteivorsitzenden vorweg, indem sie für eine Bündelung bei einer klaren Alternative zum neu gewählten Ministerpräsidenten Eichel votierte. Das Konzept einer Doppelspitze (Roland Koch als Fraktionsvorsitzender, Karlheinz Weimar als Landesvorsitzender) war damit vom Tisch. Spätestens mit der Wahl Kanthers zum Parteivorsitzenden im Juni 1991 waren die personellen Reihen der CDU Hessen im Hinblick auf die nächste Wahl 1995 sortiert.

Es zeigt die traditionelle Geschlossenheit der hessischen Union, dass dies in fairer Weise gelungen war und in der Folge alle Beteiligten weiter gemeinsam in einem Team um Manfred Kanther kämpften. Die Kontrahenten wurden – unter anderem durch die Wahl junger Vertreter wie Roland Koch, Karlheinz Weimar und Volker Bouffier in das Präsidium – umfassend und an herausragender Stelle eingebunden.

Dem Naturell Kanthers entsprechend, stellte die CDU eine klare und angriffslustige, aber auch konstruktive Opposition, die deutlich die

Unterschiede zur Regierungsmehrheit herausarbeitete und gleichzeitig konstruktiv, realistisch und sachlich-seriös Konzepte und Ideen einbrachte. Gleichzeitig war klar, dass unter Kanther die konservative Tradition der CDU Hessen wieder stärker zum Ausdruck kommen sollte, als dies unter dem Vorsitz Walter Wallmanns der Fall gewesen war.

Die mangelnde Finanzierbarkeit sozialer Wohltaten, der erneute Anlauf für Zwangsförderstufe und flächendeckende Gesamtschule, eine destruktive Infrastrukturpolitik beim Ausbau von Autobahnen und dem Frankfurter Flughafen sowie streitige Maßnahmen in der Energie- und Asylpolitik stellten die wesentlichen Themenfelder dar, in denen die neue Regierung Eichel schnell unter Druck geriet.

Die Kommunalwahlen des Jahres 1993 brachten gemischte Ergebnisse. Die CDU blieb insgesamt mit rund 32 Prozent stabil. Der weiterhin schwelende Asylstreit stärkte die rechtsextremen Republikaner. Die CDU konnte aber an einigen Stellen von der neu geschaffenen Direktwahl der Oberbürgermeister und Landräte sowie der Bürgermeister profitieren. So wurden unter anderem Georg Lewandowski in Kassel und Otti Geschka in Rüsselsheim 1993 sowie Magret Härtel 1994 in Hanau unerwartet zu Oberbürgermeistern gewählt. Besonderes Aufsehen mit einem großen kommunalpolitischen Erfolg errang Petra Roth, die am 25. Juni 1995 zur Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt gewählt wurde und damit in die Fußstapfen Walter Wallmanns trat.

Im Juli 1993 wurde Manfred Kanther von Bundeskanzler Kohl in der Nachfolge Rudolf Seiters' zum Bundesinnenminister ernannt. Erneut wechselte – nach Dregger und Wallmann – damit ein Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der Hessen-CDU auf das Bonner



Angela Merkel
Bundesministerin für Frauen und Jugend

**Einladung zum
Frauenfrühstück**

in Bad Camberg
Park-Café · Parkstraße · Kurviertel
am Freitag, 12. Februar 1993
von 9.00 bis 10.30 Uhr





**Der Kanzler kommt
zur Oberbürgermeisterwahl
Freitag, 30.4.93, 19 Uhr
Darmstadt, Luisencenter**

**pfeffermann
muß ran**  **CDU** 

Parkett. Roland Koch folgte ihm im Amt des Fraktionsvorsitzenden. Mit dem Asylkompromiss 1992/93, den Kanther maßgeblich verantwortete, wurde nicht nur der andauernde Streit um die Asylregeln einvernehmlich zwischen Union, FDP und der oppositionellen SPD durch eine Grundrechtsänderung entschärft, sondern auch der Höhenflug der Republikaner gestoppt.

Es war sicher auch diese klare und erfolgreiche Politik, die die hessische CDU 1994 zunächst bei der Europawahl mit rund 37 Prozent und dann bei der Bundestagswahl mit über 40 Prozent zur stärksten Kraft machte. Mit diesem Wind im Rücken hoffte man 1995 im Landtagswahlkampf mit den Themen Innere Sicherheit, Wirtschaftsförderung und Bildung überzeugen und die Mehrheit zurückerobern zu können.

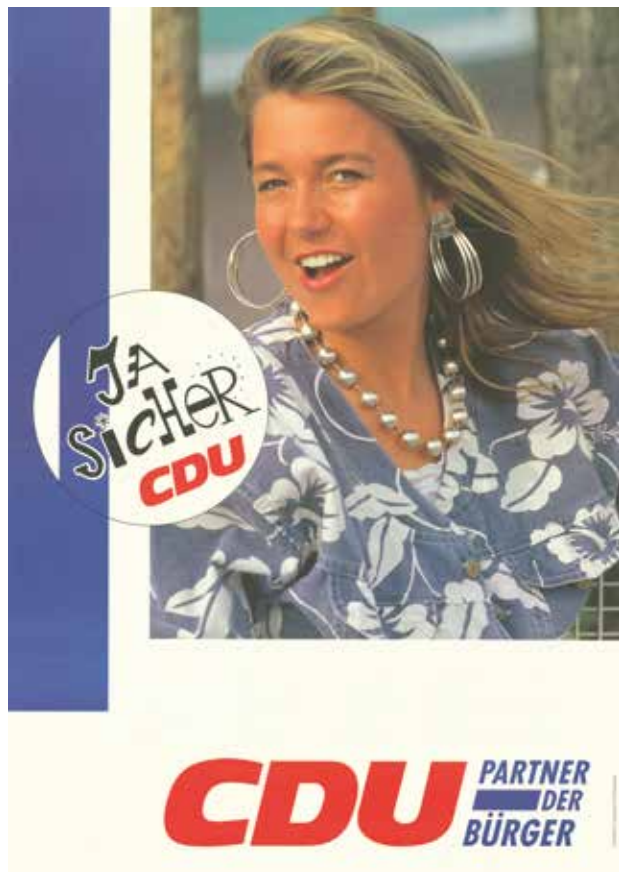
Der Wahlabend am 19 Februar 1995 bestätigte der Union zwar mit über 39 Prozent der Stimmen, dass man stärkste Kraft in Hessen war, aber durch die Erfolge der Grünen, die die Verluste der SPD überkompensierten, konnte das Ziel des Regierungswechsels nicht erreicht werden. Die CDU verblieb auf den Oppositionsbänken; Roland Koch wurde einstimmig zum Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Der Bosnien-Krieg und seine Folgen, die Standortkrise mit hohen Arbeitskosten, steigende Arbeitslosenzahlen und stagnierender Wirtschaft und die Kosten der Einheit lagen schwer auf der neu gewählten Bundesregierung. Rechtsextreme Gewalttaten und die Debatte um harte sozialpolitische Reformen, die von der SPD-Mehrheit im Bundesrat blockiert wurden und zum „Reformstau“ führten, sowie die parteiinternen Debatten auf Bundesebene lähmten zusätzlich. Und so kam auch in Hessen kein rechter Schwung in die

Alles Gute zum 75. Geburtstag.

Das Original aus Hessen
gratuliert der hessischen CDU.





Oppositionsarbeit. Das enttäuschende Ergebnis von 33 Prozent bei der Kommunalwahl 1997 trug dem Rechnung. Der von Bundespräsident Roman Herzog geforderte „Ruck durch Deutschland“ sollte noch auf sich warten lassen.

Nach 16 Jahren wurde Helmut Kohl am 27. September 1998 abgewählt. Die Union erreichte bundesweit nur noch rund 35 Prozent. In Hessen war das Ergebnis ebenso deprimierend – 34,7 Prozent bedeuteten einen Verlust von sechs Prozentpunkten im Vergleich zur Wahl 1994.

Es war eine schwierige Phase für die CDU, die sich nach Verlust der Regierungsmehrheit neu sortieren musste.

Die Hessen-CDU wollte die Fehler der Bundespartei nicht wiederholen, sondern den Generationenwechsel und die Neuaufstellung rechtzeitig voranbringen. Manfred Kanther verzichtete auf eine erneute Spitzenkandidatur bei den Wahlen 1999. Dass Roland Koch im Januar 1998 mit fast 98 Prozent Nachfolger Kanthers im Parteivorsitz und im Juli 1998 auch formal Spitzenkandidat für die kommende Landtagswahl wurde, überraschte keinesfalls. Lange war klar, dass es 1999 eine jüngere Generation unternehmen sollte, dem bundesweiten Trend zu Rot-Grün und der Regierung Eichel etwas entgegenzustellen.

Dass diese Wahl allerdings den Beginn einer Ära markieren würde, die CDU ein Jahr später den Ministerpräsidenten stellen würde und seitdem nunmehr über 20 Jahre die CDU in Hessen die Regierung führt, hatte man an diesem Tag sicher noch nicht geahnt.

1974

BIS 1975

Walter Wallmann leitet den Guillaume-Untersuchungsausschuss, der die Hintergründe des Rücktritts von Willy Brandt als Bundeskanzler aufklären soll. Politische Freunde und auch politische Gegner zollen seiner Sachlichkeit und seiner profunden Aktenkenntnis Respekt.

20.

MÄRZ 1977

Die Frankfurter bestätigen Walter Wallmann mit 54,2 Prozent der Stimmen im Amt des Oberbürgermeisters.

18.

DEZEMBER 1982

Auf dem Alsfelder Landesparteitag übergibt Alfred Dregger, der die Partei in vier Wahlkämpfen angeführt hatte, das Ruder an Walter Wallmann.

1982

1986

1990

1994

1998

20.

MÄRZ 1977

Bei der hessischen Kommunalwahl gelingt die Sensation: Die CDU erreicht mit ihrem Spitzenkandidaten Walter Wallmann in Frankfurt am Main 51,3 Prozent der Stimmen und beendete damit die seit 1945 währende SPD-Herrschaft der größten hessischen Stadt.

FEBRUAR 1982

Die erste rot-grüne Koalition in Hessen zerbricht.

05.

APRIL 1987

Erst mit der Verkündung des vorläufigen Amtlichen Endergebnisses der Landtagswahl um 21.15 Uhr steht fest, dass CDU und FDP eine regierungsfähige Mehrheit erzielt haben. Walter Wallmann wird als erster Christdemokrat zum Hessischen Ministerpräsidenten.

AUFSTIEG ZUR ERNEUTEN REGIERUNGSVERANTWORTUNG

» 1998 BIS HEUTE

LANDESVORSITZ 1998

Es war ein bemerkenswertes Ereignis, dass sich die junge Garde der CDU Hessen – die sich selbst in der so genannten „Tankstelle“ organisierte, weil Treffen aus logistischen Gründen häufig in einer Autobahnraststätte in der Wetterau abgehalten wurden – in einer offenen Aussprache einvernehmlich auf den Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Roland Koch, als neuen Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten der CDU Hessen für die Wahl 1999 einigten. Der ehemalige Umweltminister Karlheinz Weimar und vor allem auch Volker Bouffier, älter und erfahrener als Koch, langjähriger Vorsitzender der Jungen Union und Staatssekretär, wären ebenso nahliegende Möglichkeiten gewesen. Auch Franz-Josef Jung, Karin Wolff und Jürgen Banzer konnten auf beachtliche Erfolge verweisen. Dass es zwischen dieser Vielzahl politischer Talente nicht zum Bruch kam, zeigt die bemerkenswerte Einigkeit. Es ist überliefert, dass es ausgerechnet Bouffier war, der sich am Ende entscheidend für Koch aussprach.

Roland Koch war 1987 mit rund 50 Prozent der Stimmen in seinem Wahlkreis – in der Nachfolge seines Vaters Karl-Heinz Koch – in das Parlament eingezogen und hatte sich als umweltpolitischer Sprecher und Obmann im Untersuchungsausschuss zu den Atomfabriken Hanau nicht zuletzt durch seine Redeschlachten mit Joschka Fischer schnell einen Namen gemacht. Als Hartmut Nassauer 1991 Innenminister wurde, wählte die Fraktion Koch mit 36 von 46 Stimmen zum jüngsten Fraktionsvorsitzenden der Republik – jünger war seinerzeit nur ein gewisser Helmut Kohl in Rheinland-Pfalz bei der Übernahme eines CDU-Fraktionsvorsitzes gewesen. Freilich durfte er dieses Amt zunächst nur fünf Monate behalten, denn nach der verlorenen Landtagswahl 1991 setzte sich Manfred Kanther in der Fraktion klar durch. Als dieser 1993 das Bundesinnenministerium übernahm, wurde Koch erneut Fraktionsvorsitzender und trimmte die Fraktion auf einen harten Oppositionskurs, ohne freilich Kanther die Spitzenkandidatur für die Wahl 1995 streitig zu machen. Mit der klaren Wahl zum Fraktionsvorsitz und damit zum Oppositionsführer 1995 war der Weg vorgezeichnet.

Koch erhielt 1997 alle Stimmen des Kleinen Parteitags und wurde zum Spitzenkandidaten ernannt. Durch Kanthers vorzeitigen Verzicht konnte Koch im Januar 1998 zum Landesvorsitzenden gewählt werden – mit bemerkenswerten 98 Prozent der Stimmen. Seine Arbeit in der Opposition und die Zusammenführung der ihm einstmals noch kritisch gegenüberstehenden konservativen Kräfte in der Landtagsfraktion spiegeln sich in seiner Nominierungsrede deutlich. Scharfe Angriffe auf die abgewirtschaftete und in Skandale verwickelte Regierung Hans Eichel und ein klares, konservatives Profil der Partei in den Bereichen der Kriminalitätsbekämpfung, der Ausländerpolitik und der Bildungspolitik standen im Mittelpunkt und zeigten den Weg zur Machtübernahme 1999 vor.

WAHLKAMPF IM SCHATTEN DES STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHTS

Dass im Herbst 1998 die Ära Helmut Kohls endete und Rot-Grün die Macht im Bund übernahm, wirkte zuerst wie ein Nackenschlag für die CDU in Hessen, wo für den Februar 1999 Landtagswahlen anstanden. Die CDU war niedergeschlagen. Stimmung, Aussichten und Umfragen waren zum Jahreswechsel gleichermaßen schlecht.

Was es brauchte, war ein mobilisierendes und polarisierendes Thema. Dieses Thema lieferte die neue Bundesregierung auf dem Silbertablett. In der Einwanderungspolitik ließ die SPD die Grünen vollständig gewähren und Bundeskanzler Gerhard Schröder rief in einer Regierungserklärung die im Koalitionsvertrag vereinbarte „Doppelte Staatsbürgerschaft“ auf. Die rot-grüne Bundesregierung plante eine umfassende Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, die unter anderem die Erleichterung der Einbürgerung zum Ziel hatte. Vor



KUCH

Am 7. Februar:

Roland Koch

Ministerpräsident für Hessen

CDU

Wir geh'n neu ran

www.roland-koch.de

allem sah die Neuregelung vor, dass in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hätten. Die Mehrstaatigkeit war bis dahin nur in Ausnahmefällen gestattet. Dies führte in der Bevölkerung zu umfangreichen Diskussionen und aufkommendem Unmut. Union und FDP kritisierten die Pläne massiv.

Da die Debatte in die Zeit des hessischen Landtagswahlkampfes fiel, nutzte die CDU bundesweit, aber insbesondere in Hessen, die öffentliche Aufmerksamkeit, um mit einer Unterschriftenaktion das Vorhaben der Bundesregierung zu verhindern. Mit dem Titel „Ja zur Integration – Nein zu doppelten Staatsbürgerschaft“ initiierten Wolfgang Schäuble und Edmund Stoiber gemeinsam mit Roland Koch und der CDU Hessen eine großangelegte Kampagne, die schlussendlich nicht nur Einfluss auf die Bundespolitik, sondern vor allem auf den Erfolg der CDU in Hessen nehmen sollte. Bundesweit sprachen sich rund fünf Millionen Bürger bei der Aktion gegen die geplanten Änderungen aus. Vor allem an den Infoständen in Hessen lagen die Unterschriften aus und erreichten großen Zuspruch. Dennoch war die Kampagne nicht unumstritten. SPD, Grüne und FDP kritisierten die Unterschriftenaktion als populistisch und auch aus den eigenen Reihen gab es kritische Stimmen.

Dem hessischen Spitzenkandidaten Roland Koch gelang es durch diese Kampagne, die Stimmung im Wahlkampf zu polarisieren. Plötzlich war der hessische Wahlkampf ein echtes Thema – sowohl in der Presse als auch in den Familien und Betrieben. 200.000 Unterschriften sammelte die CDU allein in der ersten Kampagnen-Woche, bis zur Wahl sollten es bundesweit rund fünf Millionen werden. Fast jeder zweite CDU-Wähler und über 60 Prozent

derjenigen, die von einer anderen Partei zur CDU gewechselt sind, gaben laut einer Studie von Infratest an, die Union aus diesem Grund gewählt zu haben.

Im Zuge dieser Polarisierung trugen auch die anderen Themen der Union durch – Bildung, Sicherheit, der Kampf gegen die Ökosteuer – wurden offener, breiter und emotionaler diskutiert. Die Wahlkampf-Maschine lief auf vollen Touren. Trotzdem standen die Zeichen auf Fortsetzung für die rot-grüne Koalition unter Ministerpräsident Hans Eichel.

Noch eine Woche vor der Wahl sahen alle Meinungsumfrageinstitute die regierende SPD klar vorne, ließen keine Zweifel an der Bestätigung der bestehenden Regierung zu und prognostizierten für die CDU leichte Verluste gegenüber dem Ergebnis von 1995. Das Ergebnis am Abend des 7. Februar sah jedoch anders aus.



Am Wahltag wählten 43,3 Prozent die CDU – 4,2 Prozent mehr als noch 1995 und so viele wie seit 1982 nicht mehr. Die FDP schaffte mit 5,1 Prozent den Einzug in den Landtag. 50 der 110 Landtagsmandate gingen an die CDU. Zusammen mit den sechs Sitzen für die FDP hatte Hessen erneut eine Ein-Stimmen-Mehrheit.

Roland Koch hatte es geschafft, der Union einen deutlichen Vorsprung gegenüber der SPD zu verschaffen. Vor allem die deutlichen Verluste der Grünen führten dazu, dass Roland Koch das Ende des einstmals „roten Stammlandes“ Hessen einläuten konnte und nach Walter Wallmann der zweite Ministerpräsident des Landes aus den Reihen der CDU wurde. Der Spiegel titelte: „Roland Koch Superstar – die CDU der Ära nach Kohl hat einen neuen Helden.“

Das Wahlergebnis wurde maßgeblich bundespolitischen Themen zugeschrieben, auf die es auch großen Einfluss hatte. Denn der Regierungswechsel in Hessen brachte auch eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat mit sich, durch die die Bundesregierung ihre Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts nicht wie geplant durchführen konnte. Schlussendlich wurde das „Optionsmodell“ eingeführt und als Kompromiss mit der FDP geschlossen, die die Zustimmung der sozialliberalen Koalition in Rheinland-Pfalz sicherte.

BEGINN DER REGIERUNGSVERANTWORTUNG UND AUFKOMMEN DER SPENDENAFFÄRE

Am 7. April 1999 wählte der Hessische Landtag den 40-jährigen Roland Koch zum Hessischen Ministerpräsidenten. Er wurde damit Deutschlands jüngster Landeschef. Mit Karlheinz Weimar, Christean Wagner und Volker Bouffier band er drei Politiker ein, die bereits

zwischen 1987 und 1991 in Hessen Regierungserfahrung sammeln konnten. Den Fraktionsvorsitz übernahm Norbert Kartmann.

Umgehend nahm der als „zielstrebigere Modernisierer“ geltende Koch entscheidende Kurskorrekturen vor: wirtschaftsfreundlicheres Klima, Schul- und Hochschulpolitik, Innere Sicherheit – Koch will, dass Hessen zu den erfolgreichen „Südländern“ Bayern und Baden-Württemberg aufschließt. Spätestens jetzt avancierte der dem konservativen Flügel der CDU zuzuordnende Koch zu einem der möglichen Aspiranten für das Amt des Bundeskanzlers.

Schon früh nach Übernahme der Regierungsverantwortung geriet die CDU und insbesondere Roland Koch jedoch politisch unter Druck, da im Zusammenhang mit der Spendenaffäre der Bundes-CDU im Januar 2000 auch eine Schwarzgeldaffäre in der CDU Hessen aufgedeckt wurde. Anfang der 1980er Jahre wurden vor einer Reform der Gesetzgebung über die Parteienfinanzierung Spendengelder in Höhe von rund 20 Millionen Mark in die Schweiz transferiert und über Jahre hinweg für die Finanzierung der Parteiarbeit verwendet. Versuche, die Zahlungsströme als „jüdische Vermächtnisse“ zu verschleiern, vergrößerten den politischen Schaden.

Die politische Glaubwürdigkeit des Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten litt unter der Affäre. Die Staatsanwälte ermittelten, die Untersuchungsausschüsse tagten, persönliche Freundschaften zerbrachen, langjährige Weggefährten verließen die erste Reihe der Partei. Franz Josef Jung musste seinen Posten räumen. Dauerhaft stand die junge Regierung Ende 1999, Anfang 2000 unter enormem Druck, mehrfach kurz vor dem Aus.

In Anbetracht des Dauerbeschlusses durch Medien und Opposition besann sich die Landespartei auf ihre traditionelle Geschlossenheit und stellte sich hinter ihren Vorsitzenden. Der Landesparteitag in Wiesbaden wählte Roland Koch am 19. Februar 2000 mit 97,6 Prozent der Stimmen erneut zum Landesvorsitzenden und feierte ihn mit lautstarken „Roland, Roland“-Rufen. Auch der Koalitionspartner stand – trotz des massiven Drucks – fest hinter Koch, so dass der im September 2000 eine Vertrauensabstimmung im Hessischen Landtag schadlos überstand.



Die Regierung konnte ihre Arbeit fortsetzen und die solide Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Neuausrichtung in der Bildungspolitik sowie in Fragen der inneren Sicherheit überzeugten die Mehrheit der hessischen Bürger. Nachdem die Union im Wahlkampf 1999 die Unterrichtsgarantie versprochen hatte, wurden in der Legislaturperiode im Rahmen einer Bildungsinitiative 3000 neue Lehrerstellen geschaffen. Auch Polizei und Justiz wurden personell deutlich verstärkt. Das Investitionsklima in Hessen wurde durch schlanke Strukturen und Bürokratieabbau gefördert. Bei den Kompetenzwerten der Demoskopie führte die Union in nahezu allen Bereichen.

Neben den landespolitischen Erfolgen und einem von Generalsekretär Michael Boddenberg mit modernsten Mitteln geführten Wahlkampf führte sicherlich auch die schwache Performance und Zersplitterung der rot-grünen Bundesregierung, die sich 2002 auf den letzten Metern im Windschatten des Irak-Kriegs und der Oder-Flut in eine zweite Periode gerettet hatte, dazu, dass die Wähler die CDU bei der Landtagswahl 2003 vier Jahre nach der Übernahme der Regierungsverantwortung mit 48,8 Prozent der Stimmen mit einer absoluten Mehrheit ausstatteten. Bundesweit wurde die Wahl in Hessen und das regelrechte Desaster der hessischen SPD, die 10,3 Prozentpunkte einbüßen musste, auch als Zeichen des Unmuts über die Arbeit der Bundesregierung von Gerhard Schröder gewertet.

Roland Koch bot dem bisherigen Koalitionspartner FDP eine Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit an, was die FDP allerdings ablehnte. So wurde Koch am 5. April 2003 erneut zum Ministerpräsidenten gewählt und führte das erste hessische Kabinett, das nur aus Ministerinnen und Ministern der CDU bestand. Dennoch wurde die FDP weiterhin in die praktische Arbeit einbezogen. Beispielsweise wurde

VIDEOSICHERHEIT UND DATENSCHUTZ sind kein Widerspruch.



- Das weltweit erste Videosystem mit ferngesteuertem „Privacy Shield“
- Gerichtsverwertbare Aufzeichnung von bis zu 3.000 m² je Kamera
- Minimale Betriebskosten durch patentierte Panomera®-Technologie



der Regierungspräsident im Regierungsbezirk Darmstadt, Gerold Dieke (FDP), im Amt belassen.

Roland Koch setzte bei der Ministerauswahl auf Kontinuität. Die erfolgreiche Kultusministerin Karin Wolff wurde zur stellvertretenden Ministerpräsidentin ernannt. Innenminister Volker Bouffier, Finanzminister Karlheinz Weimar, Justizminister Christean Wagner und Sozialministerin Silke Lautenschläger setzten ihre Arbeit fort. In die neue Regierung bezog Koch aber auch Kommunalpolitiker mit ein. Der ehemalige Frankfurter Bau- und Wirtschaftsdezernent Udo Corts wurde Minister für Wissenschaft und Kunst und der Fuldaer Oberbürgermeister Alois Rhiel wurde neuer Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung. Nach der Wahl Christean Wagners zum neuen Fraktionsvorsitzenden, der dem zum Bundesminister der Verteidigung ernannten Franz-Josef Jung nachfolgte, ernannte er den langjährigen Landrat des Hochtaunuskreises, Jürgen Banzer, zum Justizminister.

In der Bundespolitik setzte Roland Koch programmatische Impulse und grenzte die Union mit einer klaren wirtschaftsliberalen und konservativen Kante gegen die politischen Mitbewerber ab. Seine Vorschläge für Mehrarbeit ohne Lohnausgleich, zur Neuordnung der Sozialhilfe, zum Abbau von Subventionen oder zur deutschen Leitkultur stoßen in der deutschen Öffentlichkeit regelmäßig auf heftige Reaktionen. Trotz seiner vermeintlichen Rivalität mit Angela Merkel ist Koch im Mai 2005 jedoch der erste Spitzenpolitiker seiner Partei, der Merkel offen zur Kanzlerkandidatin ausruft. Als fortan loyaler Unterstützer der Parteichefin und Bundeskanzlerin wird er auf dem CDU-Parteitag 2006 zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt.

ROLAND KOCH

Jurist, Ministerpräsident, römisch-katholisch, * 24.03.1958 Frankfurt/Main

- 1990 – 1991** Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion
- 1993 – 1999** Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion
- 1998 – 2010** CDU-Landesvorsitzender Hessen, seitdem Ehrenvorsitzender
- 1999 – 2010** Ministerpräsident von Hessen

Roland Kochs politische Laufbahn vollzieht sich wie bei kaum einem anderen CDU-Politiker in Superlativen: In fast allen von ihm erreichten Ämtern und Positionen ist er der jüngste gewesen. Schon in seinem Elternhaus kommt er in Kontakt mit der Politik. Sein Vater Karl-Heinz ist langjähriger Landtagsabgeordneter und später Justizminister in Hessen. Mit 14 Jahren gründet der Schüler Roland Koch eine Ortsgruppe der Jungen Union im heimatischen Wohnort Eschborn, mit 19 Jahren wird er dort Stadtverordneter und Kreistagsmitglied im Main-Taunus-Kreis, zwei Jahre später CDU-Kreisvorsitzender.

1987 wird er in den Hessischen Landtag gewählt, dem er für mehr als zwei Jahrzehnte angehören wird. Schnell profiliert er sich dort als angriffslustiger Debattenredner, der die Kunst der freien Rede beherrscht. Mit 32 Jahren wird er erstmals

CDU-Fraktionsvorsitzender. Der Kanzler der Einheit sieht in Koch einen möglichen Nachfolger.

Geschick gelingt dem seinerzeit zu den „jungen Wilden“ in der Union gerechneten Koch der kontinuierliche Ausbau seiner Hausmacht, ebenso gehört er dem informellen „Andenpakt“ an, einem Netzwerk aus CDU-Politikern, zu dem unter anderem auch Volker Bouffier und Franz Josef Jung gezählt werden.

1998 wird Koch Parteichef in Hessen und Spitzenkandidat für die bevorstehenden Landtagswahlen, die die CDU sensationell gewinnt. Gleichzeitig bestätigt sich Kochs Ruf des Machtpolitikers und nervenstarken Taktikers. Dass dieser Ruf dem Menschen Roland Koch nur begrenzt gerecht wird, zeigt dessen persönliche Seite. Hier gilt der Familienvater und langjährige Freund des Dalai Lama als sensibler und aufgeschlossener Zuhörer.

Seinen im Spätsommer 2010 vollzogenen Rückzug aus seinen Ämtern erklärt er mit den Worten: „Politik ist ein faszinierender Teil meines Lebens, aber Politik ist nicht mein Leben.“



UNPOPULÄRE ENTSCHEIDUNGEN

In der zweiten Legislaturperiode von 2003 bis 2008 standen allerdings zunehmend unpopuläre Entscheidungen an. Der bundespolitische Reformstau hatte die wirtschaftliche Entwicklung und damit auch die Staatsfinanzen schwer belastet, denen nur durch drastische Einschnitte begegnet werden konnte. Der angespannten Finanzlage begegnete die Regierung von Roland Koch mit dem größten Sparprogramm in der Geschichte des Bundeslandes Hessen. Unter dem Titel „Operation Sichere Zukunft“ sollten in Hessen wieder dauerhaft solide finanzielle Verhältnisse geschaffen werden. Bei einem Volumen von über einer Milliarde Euro Einsparungen war absehbar, dass sich die allgemeine Begeisterung über die Maßnahmen eher vornehm zurückhielt. Die Kritik von Verbänden, Betroffenen und vor allem der Opposition kam lautstark und deutlich. Schlagworte von „sozialem Kahlschlag“ oder der „Operation Düstere Zukunft“ machten die Runde und verliehen der SPD Auftrieb.

Auch bildungspolitische Maßnahmen zur Stärkung des Leistungsgedankens an den Schulen und die Einführung von Studiengebühren an den Hochschulen wurden stark kritisiert und es gelang nur schleppend, die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der Maßnahmen zu überzeugen.

Was in den Wahlkämpfen 1999 und 2003 noch gut funktioniert hatte, wollte 2008 nicht mehr zünden. Der Erfolg Hessens wurde der Landesregierung nicht zugerechnet. Die polarisierenden Diskussionen um Jugend- und Ausländerkriminalität mobilisierten nicht die eigenen Wähler, sondern vor allem das linke Klientel. Der Wahlkampf kam nicht recht in Fahrt. Schulreformen (G8) und Studiengebühren

verärgerte die jungen Wähler, aber auch nicht wenige Eltern und Großeltern. Die Große Koalition in Berlin bot keine Chance der Reibung. Vielleicht hatte man zusätzlich die hessische SPD auch unterschätzt.

Gerade im Januar 2008 bröckelte der Vorsprung auf die SPD zusammen. Die Union verlor – freilich vom Rekordergebnis 2003 – zwölf Prozentpunkte, lag aber mit 36,8 Prozent noch um 0,1 Prozentpunkte oder rund 3000 Stimmen vor der SPD. Diese konnte mit ihrer Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti bei der Landtagswahl 2008 über sieben Prozentpunkte hinzugewinnen. Die Linke schaffte mit 5,1 Prozent den Sprung in den Landtag und sorgte dafür, dass keines der etablierten Lager eine Mehrheit der Mandate erreichte.



BLASIUS SCHUSTER

DER KREISLAUFWIRTSCHAFT KONSEQUENT VERPFLICHTET.

Die Blasius Schuster KG ist Hessens Spezialistin für mineralische Stoffströme. An 7 Standorten leistet sie ihren Beitrag zur Wiederverwertung von Böden, Bauschutt und Gleisschotter.

Das gelingt mit modernen Behandlungsanlagen und einer engmaschigen Logistik. Seine hochwertigen Primär- und Sekundärbaustoffe bewegt das Unternehmen auf Wasser, Schiene und Straße.

Unter anderem mit mehr als 200 Schiffen, 5.000 Bahnwaggons und LNG-Lkw, die mit Flüssigerdgas angetrieben werden.

INNOVATIV · ÖKOLOGISCH · KOMPETENT

Blasius Schuster KG

Franziusstraße 22 · 60314 Frankfurt · www.blasiusschuster.de



ERNEUT „HESSISCHE VERHÄLTNISSE“

Zum zweiten Mal in der Geschichte scheiterte eine Regierungsbildung an den „hessischen Verhältnissen“. Da Ypsilanti vor der Wahl eine Koalition mit den Linken ausgeschlossen hatte und eine große Koalition unter der Führung der CDU ablehnte, während die Grünen jede Zusammenarbeit mit der CDU ausschlossen, war die Bildung einer neuen Regierung unmöglich geworden. Zähe Gesprächs- und Verhandlungsrunden brachten keinen Durchbruch, so dass die Landesregierung zunächst geschäftsführend und ohne eigene Mehrheit im Amt blieb.

Andrea Ypsilanti versuchte daraufhin, den Wortbruch zu umgehen, indem sie eine rot-grüne Regierungsbildung unter Tolerierung der Linken anstrebte. Dieses Vorhaben scheiterte allerdings in buchstäblich letzter Minute an vier aufrechten SPD-Abgeordneten, die nicht bereit waren, das Wahlversprechen zu brechen und die Minderheitsregierung zu unterstützen. Am 18. November 2008 gab die SPD das Vorhaben einer Regierungsbildung auf und stimmte der Auflösung des Landtags und damit vorgezogenen Neuwahlen zu.

Der Landesparteitag in Offenbach im Mai 2008 bestätigte Roland Koch mit 95,3 Prozent im Amt des Landesvorsitzenden und stärkte ihm deutlich den Rücken für die Neuwahlen, aus denen die CDU mit 37,2 Prozent der Stimmen klar als stärkste Kraft hervorging. Den Schaden bei der SPD, den die gescheiterte Regierungsbildung von Andrea Ypsilanti angerichtet hatte, konnte Thorsten Schäfer-Gümbel als neuer Spitzenkandidat nicht wieder gut machen und so erreichte die SPD mit 23,7 Prozent ihr historisch schlechtestes Ergebnis in Hessen. Vor allem FDP und Grüne profitierten bei dieser Wahl von

den vorausgegangenen Ereignissen und konnten beide um jeweils mehr als 6 Prozentpunkte zulegen. Damit ergab sich eine bequeme Mehrheit für eine Neuauflage der schwarz-gelben Koalition in Hessen und Roland Koch wurde am 5. Februar 2009 zum dritten Mal zum Ministerpräsidenten des Landes Hessen gewählt.

STAFFELÜBERGABE AN DEN KRONPRINZEN

Am 12. Juni 2010 vollzog Roland Koch den Wechsel an der Spitze der hessischen Union und schlug den Delegierten des Parteitag in Willingen im Upland seinen engsten Vertrauten und „ewigen Kronprinzen“, Innenminister Volker Bouffier, als neuen Landesvorsitzenden vor.

Bouffier gehörte zu diesem Zeitpunkt bereits 32 Jahre lang dem Landesvorstand der hessischen CDU an und konnte umfangreiche Partei- und Regierungserfahrung vorweisen. Bouffier, der Jurist aus einem politischen Elternhaus in Gießen, engagierte sich bereits in den späten 1960er Jahren in der Union. Er war unter anderem Landesvorsitzender der Jungen Union, seit 1978 im Landesvorstand der CDU Hessen, und von 1982 bis 1987 sowie seit 1991 Mitglied des Landtags. 1987 bis 1991 gehörte er der ersten CDU-geführten Landesregierung als Staatssekretär an.

Der Parteitag bestätigte Franz-Josef Jung im Amt des Stellvertreters und wählte neu die Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Eva Kühne-Hörmann aus Kassel, sowie die langjährige Bürgermeisterin der Stadt Nidda und Bundestagsabgeordnete, Lucia Puttrich, die kurz darauf als Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in das Kabinett Bouffiers berufen wurde. Mit

96 Prozent der Stimmen wählten die Delegierten in Willingen anschließend Roland Koch zum Ehrenvorsitzenden der Partei.

Roland Koch führte elf Jahre lang die hessische CDU und das Land als erfolgreicher und versierter „Manager“. Was ihm in der Zeit allerdings nicht gelang, war den Status eines Landesvaters zu erreichen. Seinem Nachfolger, dem konsequenten Innenminister Volker Bouffier, dem das Image des „schwarzen Sheriffs“ anhing, trauten dies zu diesem Zeitpunkt auch nur wenige zu. Diejenigen konnte er später allerdings eines Besseren belehren.

Nach dem Landesvorsitz übergab Roland Koch auch die Regierungsverantwortung an seinen Nachfolger. Der Hessische Landtag wählte am 31. August 2010 Volker Bouffier im ersten Wahlgang mit allen 66 Stimmen der schwarz-gelben Regierungskoalition zum neuen Ministerpräsidenten.

Gemeinsam mit Koch verließen Umweltministerin Silke Lautenschläger und Finanzminister Karlheinz Weimar das Kabinett. Bouffier berief seinen vorherigen Staatssekretär Boris Rhein zum neuen Innenminister und den ehemaligen Finanzstaatssekretär Dr. Thomas Schäfer als neuen Finanzminister. Kochs Staatskanzleischef Stefan Grüttner wurde Sozialminister und an seine Stelle trat der Parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsfraktion Axel Wintermeyer. Neu ins Kabinett holte er auch die neue stellvertretende Landesvorsitzende Lucia Puttrich.

Bouffier stand für eine Veränderung in der Partei und im Regierungsstil. Die öffentliche Erwartung an den „Schwarzen Sheriff“ in der hessischen „Stahlhelm-CDU“ wollte Bouffier nie erfüllen. Zwar





stand er – seiner Rolle als Innenminister gerecht werdend – stets für Sicherheit und Ordnung und ging den mit dem Amt einhergehenden Kontroversen nie aus dem Weg; er war aber nie „Hardliner“, sondern immer pragmatisch und auf Ausgleich bedacht, auch wenn man das im Schatten Kochs nicht wahrnehmen wollte. Er wollte keine Revolution, aber die CDU sollte weiblicher und jünger werden, Themen wie Umweltschutz und Integration sollten mehr Gewicht bekommen. Für diesen Veränderungsprozess war Volker Bouffier bestens geeignet. Denn, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 4. April 2010 analysierte, war Bouffier „vermutlich der Einzige, der die hessische Union besser kennt als der scheidende Chef“.

Auch als Regierungschef gelang ihm rasch der Imagewechsel vom „Law-and-Order-Hardliner“ zum bürgernahen Landesvater. Anders als sein Vorgänger war Bouffier ein „kommunikativer Typ, der Nähe sucht, sie herzustellen weiß und auch längerfristig zulässt“, wie Siegfried Quandt Bouffier in der von ihm verfassten Biografie beschrieb.

Schnell konnte Bouffier auch dank seiner Art erste Erfolge der Regierungsarbeit vorweisen. Es ist symptomatisch, dass seine größten Errungenschaften nicht in der Durchsetzung polarisierender Positionen, sondern in der Zusammenführung breiter gesellschaftlicher Schichten und Gruppen lag. Nach mehrmonatigen Verhandlungen mit Verbänden, Gewerkschaften und auch den Oppositionsparteien wurde 2011 der von allen Fraktionen getragene Energiekonsens im Landtag beschlossen. Auch die Verankerung der Schuldenbremse in der hessischen Verfassung gelingt im parteiübergreifenden Konsens und wird am 27. März 2011 durch eine Volksabstimmung beschlossen.

DAS SCHWARZ-GRÜNE PROJEKT

2013 ging die CDU Hessen mit Volker Bouffier in den Wahlkampf für seine erste Wiederwahl. Der Wahlkampf war inhaltlich geprägt von klassischen landespolitischen Themen wie Bildung, Kinderbetreuung, Arbeit, Wohnraum oder der Reduzierung des Fluglärms am Frankfurter Flughafen, aber er stand auch im Schatten des gleichzeitigen Bundestagswahlkampfes. Am Wahlabend ging die CDU mit leichten Zugewinnen und 38,3 Prozent deutlich als stärkste Kraft hervor. Aber auch die SPD schaffte einen deutlichen Zugewinn. Der Unzufriedenheitsbonus der letzten Wahl bei den FDP-Stimmen war verschwunden und so schafften es die Liberalen mit 5,0 Prozent gerade so in den Landtag. Die Regierungskoalition hatte keine Mehrheit mehr und die Mehrheitsverhältnisse in Hessen waren einmal mehr kompliziert.

Bouffier bot sowohl SPD als auch Grünen Gespräche über eine Regierungsbildung an. Nach wochenlangen Sondierungen entschied sich Volker Bouffier entgegen allgemeiner Erwartungen für ein Bündnis mit den Grünen und so entstand die erste „schwarz-grüne“ Koalition in einem deutschen Flächenland. Überraschend war dieser Schritt für viele, weil die politische Auseinandersetzung zwischen Union und Grünen in Hessen in den vergangenen Jahren durchaus robust vorstatten ging und wesentliche Grundpositionen der Koalitionspartner unvereinbar schienen. In den Sondierungen und Koalitionsverhandlungen musste Vertrauen aufgebaut und Verständnis für den Gegenüber geschaffen werden. Gegensätzliche Weltanschauungen und konkrete Inhalte mussten in gemeinsam tragfähige Kompromisse verwandelt werden. So schlug der neuen Koalition auch viel Skepsis entgegen, auch wenn die Partei traditionell sehr geschlossen und mit einstimmigem Votum für den Koalitionsvertrag hinter der





Entscheidung stand. Dies mag auch daran liegen, dass man im gemeinsamen Bekenntnis einer verantwortlichen und nachhaltigen Politik die Chance sah, Ökologie und Ökonomie zu versöhnen und vor allem mit der Wahlfreiheit in der Bildungspolitik und der Schuldenbremse in der Finanzpolitik in wesentlichen landespolitischen Fragestellungen die gleichen Ziele verfolgte. Auf diesen Grundlagen und durch die vermittelnde und besonnene Art von Volker Bouffier gelingt es bis heute, dass diese Koalition geräuscharm und geradezu harmonisch arbeitet.

Nachdem schlussendlich auch in der besonders umstrittenen Frage des Ausbaus des Frankfurter Flughafens ein Kompromiss gefunden wurde, wurde Volker Bouffier am 18. Januar 2014 erneut zum Ministerpräsidenten gewählt und erhielt sogar eine Stimme mehr als die Regierungskoalition hatte.

Die anfängliche Skepsis wich rasch dem Tatendrang der neuen Regierung. Bundesweite Beachtung bekam die „schwarz-grüne“ Koalition für ihre entspannte und gleichzeitig erfolgreiche Arbeit. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015 begegnete Hessen dank dem „Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und zur Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ ruhig und erfolgreich den Herausforderungen. Der Ausbau der Kinderbetreuung bei gleichzeitiger Verbesserung der Qualität gehörte ebenso zu den wichtigen Erfolgen, wie die Neuordnung der Kommunalfinanzen, bei der Finanzminister Dr. Thomas Schäfer mit der Neuordnung des Finanzausgleichs, der bundesweit einmaligen Hessenkasse und kommunalen Investitionspaketen Weichen stellte, die bundesweit anerkannt wurden und die Kommunalpolitik über Jahrzehnte prägen werden. In der Klimapolitik legte die Koalition einen ambitionierten, aber

realistischen und umsetzbaren Plan vor, der Ökologie und Ökonomie zusammenbrachte; ebenso wurde eine langfristige Perspektive für den Kaliabbau in Nordosthessen geschaffen.

Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU ging es in Hessen ohnehin steil bergauf, aber diese Regierung bestach vor allem in Politikfeldern, die man von ihr anfangs nicht erwartete. Beispielsweise wurde die hessische Polizei nicht nur umfassend modernisiert und bestens ausgestattet, auch deren Arbeitsergebnisse konnten sich sehen lassen. Lag die Aufklärungsquote 1998 noch bei 47 Prozent, stieg sie bis 2018 auf 63 Prozent. Hessen mauserte sich zum drittsichersten Bundesland nach Bayern und Baden-Württemberg. Die Löhne und Gehälter in Hessen waren im Durchschnitt die höchsten der gesamten Republik, der Frankfurter Flughafen wurde ausgebaut und die Bildungsausgaben waren auf einem historischen Höchststand. 2018 gab es in Hessen so wenige Arbeitslose wie seit fünfzig Jahren nicht und die Regierung begann, erstmals Schulden zu tilgen, statt neue aufzunehmen.

BERLINER GEGENWIND IM WAHLKAMPF

Trotzdem stand die Landtagswahl im September 2018 unter keinen guten Vorzeichen. Die Bundespolitik überschattete den Wahlkampf. Der Dieselskandal und seine Auswirkungen auf die deutschen Autofahrer und die Nachwirkungen der Flüchtlingskrise beschäftigten die Bürgerinnen und Bürger und die große Koalition in Berlin zeigte sich tief zerstritten. Vor allem der in aller Offenheit geführte unionsinterne Streit zwischen CDU und CSU schadete dem hessischen Wahlkampf massiv. Der Verweis auf die enormen Erfolge der „schwarz-grünen“ Landesregierung verpuffte regelrecht vor den

Auswirkungen der Berliner Regierungskrise. Der letzte Versuch, das Ruder herum zu reißen, gelang dem Generalsekretär Manfred Pentz, indem er kurz vor der Wahl den Fokus der Kampagne weg von der Positivbilanz hin auf die Person Bouffier legte und ihn als den vermittelnden, besonnenen Ruhepol herausstellte, der er auch während des unionsinternen Streits dauerhaft war. Der große Einfluss Bouffiers auf Bundesebene hat maßgeblich dazu beigetragen, die Wogen schlussendlich wieder glätten zu können.

Trotz des heftigen bundespolitischen Gegenwinds, der den Grünen große Zugewinne zuspielte und der AfD den Einzug in den hessischen Landtag ermöglichte, wurde die CDU mit 27 Prozent stärkste Kraft bei der Landtagswahl am 28. Oktober 2018, auch wenn sie damit ihr historisch schlechtestes Ergebnis einfuhren musste. Auch die SPD wurde abgestraft und musste mit ihrem Spitzenkandidaten Thorsten Schäfer-Gümbel erneut Federn lassen. Sie verloren 10,9 Prozentpunkte. Aufgrund des knappen Ergebnisses zitterte man in Wiesbaden bis spät in die Nacht ob der Gefahr erneuter hessischer Verhältnisse. Am Ende kam dank der Zugewinne des grünen Koalitionspartners eine knappe Ein-Stimmen-Mehrheit für die schwarz-grüne Koalition zustande, die eine Fortsetzung der Koalition ermöglichte.

Bouffier bot allen Parteien außer Linken und AfD nach der Wahl Gespräche an, man war sich jedoch nach wenigen Sondierungen schnell einig, erneut mit den Grünen in Koalitionsverhandlungen einzutreten, um die erfolgreiche gemeinsame Arbeit fortzusetzen und auszubauen. Man wurde sich trotz einzelner Differenzen in allen Punkten einig und einen Tag vor Weihnachten unterschrieben die Spitzen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen den Koalitionsvertrag mit dem

Titel „Aufbruch im Wandel durch Haltung, Orientierung und Zusammenhalt“. Ein Landesausschuss der CDU Hessen stimmte vorab dem Koalitionsvertrag einstimmig zu und auch die Mitgliederversammlung der Grünen votierte mit über 91 Prozent für den Vertrag.

Im neuen Kabinett waren nun vier statt zwei grüne Minister vertreten und neu hinzu kam mit Prof. Dr. Kristina Sinemus eine Frau aus der Wirtschaft, die das neu zu gründende Digitalministerium anführte. Stefan Grüttner verließ nach 16 Jahren die Landesregierung und Wissenschaftsminister Boris Rhein wurde die Aufgabe des Präsidenten des Hessischen Landtags übertragen.



GROSSE HERAUSFORDERUNGEN

Die Herausforderungen für die dritte Amtszeit Volker Bouffiers wurden nicht kleiner. Zu Beginn des Jahres 2019 wurde bei ihm eine Krebserkrankung diagnostiziert und er musste sich in Behandlung begeben. Die Amtsgeschäfte führte er dennoch weiter. Nahezu die gesamte politische Debatte wurde 2019 von der Klimapolitik bestimmt. Die Aktivisten von „Fridays for future“ riefen weltweit zum Klimastreik auf und das Thema erreichte in allen Umfragen Spitzenwerte bei der politischen Bedeutung.

Überschattet wurde das Jahr allerdings von einem furchtbaren Verbrechen. Am 1. Juni 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke auf der Terrasse seines Wohnhauses in Wolfhagen ermordet. Der mutmaßliche Täter erschoss ihn aus rechtsextremistischen Motiven, weil sich Dr. Lübcke 2015 öffentlich gegen rassistische Hetze gestellt hatte.

Ein dreiviertel Jahr später erschütterte ein weiterer Verlust die hessische Union, als sich Finanzminister Dr. Thomas Schäfer mitten während der aufkommenden Corona-Krise völlig unerwartet das Leben nahm. Gerade wegen der enormen Herausforderungen der Corona-Krise mussten nun unverzüglich Nachfolgeentscheidungen getroffen werden. Das Finanzministerium übernahm der langjährige Fraktionsvorsitzende Michael Boddenberg und auf ihn folgte die neue Abgeordnete Ines Claus.

Trotz dieser schweren Schicksalsschläge führte Bouffier – gestützt durch eine erfolgreiche Wiederwahl auf einem besonderen Parteitag in Willingen zehn Jahre nach seiner ersten Wahl zum





Parteivorsitzenden – sowohl seine Partei wie auch die Regierung souverän und ruhig durch die außergewöhnlichen Zeiten. Mit großer Besonnenheit und viel Verantwortung handelte die hessische Landesregierung während der Anfangszeit der Corona-Pandemie, um die Bürgerinnen und Bürger nach besten Kräften zu schützen und gleichzeitig den Fortbestand der Wirtschaft zu sichern. In dieser besonderen Krise, die in bisher nicht gekanntem Umfang staatliche Eingriffe in die Freiheit der Bürger und die wirtschaftliche Betätigung erforderte, zahlte sich die geübte und vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Fraktion ebenso aus, wie die Erfahrung und Besonnenheit der Führungspersonen der CDU. Die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie werden die laufende Legislaturperiode umfassend prägen und weitreichende Entscheidungen auf allen Ebenen erfordern. Die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen zum Seuchenschutz und die vielfältigen Aktivitäten zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens – inklusive der Etablierung eines Sondervermögens zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen – haben die Landespolitik gefordert. Es sind diese Herausforderungen, in denen die CDU Hessen gefordert ist, mit Augenmaß und Zukunftsmut die Weichen für Hessen zu stellen.

20.

JANUAR 1991

Bei der vom ersten Golfkrieg überlagerten Landtagswahl unterliegt die CDU nur knapp und geht in die Opposition. Manfred Kanther entscheidet den Kampf um den Fraktionsvorsitz für sich und wird Partei- und Fraktionsvorsitzender, sein Vorgänger Walter Wallmann wird Ehrenvorsitzender.

07.

FEBRUAR 1999

Obwohl die Forschungsinstitute einen Wahlsieg der rot-grünen Landesregierung sowie ein Hervorgehen der SPD als stärkste Partei vorhergesagt haben, kann die CDU mit 43,4 Prozent deutlich zulegen und gegenüber 1995 den Vorsprung vor der SPD ausbauen. Große Stimmenverluste der Grünen führen dazu, dass die bisherige Landesregierung ihre Mehrheit verliert. Die FDP kommt mit 5,1 Prozent in den Landtag und bildet eine Koalition, die Roland Koch zum Ministerpräsidenten wählt.

18.

JANUAR 2009

Die CDU gewinnt 37,2 Prozent der Stimmen und kann zusammen mit der FDP eine Regierung bilden. Roland Koch wird erneut zum Ministerpräsidenten gewählt.

1998

2004

2010

2016

2020

JANUAR 1998

Roland Koch wird auf dem Hanauer Landesparteitag mit fast 98 Prozent aller Stimmen zum Landesvorsitzenden gewählt.

02.

FEBRUAR 2003

Die CDU erzielt ihr bestes hessisches Landtagswahlergebnis aller Zeiten und erreicht die absolute Mehrheit der Parlamentssitze.

27.

JANUAR 2008

Nach gescheiterten Verhandlungen zur Regierungsbildung wird der Landtag am 19. November 2008 nach Antrag aller Parteien durch die Zustimmung aller 110 Mitglieder des Landtags aufgelöst.

22.

SEPTEMBER 2013

Nach längeren Verhandlungen einigen sich CDU und Grüne auf die erste schwarz-grüne Koalition in einem bundesdeutschen Flächenland, der Volker Bouffier als Ministerpräsident vorsteht.

QUELLEN

- » Crämer, Peter für die Konrad Adenauer Stiftung:
www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/hessen
- » D'INKA, Werner und Lückemeier, Peter: Ich will jeden Tag die Welt ein bisschen besser machen – Volker Bouffier im Gespräch, Societäts-Verlag, Frankfurt/M, 2017
- » Frommelt, Reinhard: Mitregieren-Wollen und Opponieren-Müssen. Die CDU unter Wilhelm Fay 1952-1967 in: Bernd Heidenreich und Werner Wolf: Der Weg zur stärksten Partei 1945–1995/ 50 Jahre CDU Hessen. Wiesbaden 1995
- » Hoffmann, Alexander: Mit „Hessen vorn“ prägen die Sozialdemokraten eine Ära in Franz, Eckhart G. (Hrsg.): Die Chronik Hessens, Chronik-Verlag, Dortmund 1991
- » Kropat, Wolf-Arno: Rot und Grün: Der Streit um Ökologie und Ökonomie – Chronik der Jahre 1971 bis 1991 in Franz, Eckhart G. (Hrsg.): Die Chronik Hessens, Chronik-Verlag, Dortmund 1991
- » Mülhausen, Walter: Not, Elend und Demokratiebeginn in Franz, Eckhart G. (Hrsg.): Die Chronik Hessens, Chronik-Verlag, Dortmund 1991
- » Müller, Helmut: Von der Opposition in die Regierungsverantwortung. Die CDU unter Walter Wallmann in: Bernd Heidenreich und Werner Wolf: Der Weg zur stärksten Partei 1945 – 1995 / 50 Jahre CDU Hessen. Wiesbaden 1995
- » Neumann, Arijana: Die CDU auf Landesebene. Politische Strategien im Vergleich. VS Verlag. Wiesbaden 2012
- » Neumann, Arijana und Schmid, Josef: Die Hessen-CDU: Kampfverband und Regierungspartei in Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2008
- » Opdenhövel, Patrick: Neuer Aufbruch. Die CDU Hessen unter Manfred Kanther seit 1991 in: Bernd Heidenreich und Werner Wolf: Der Weg zur stärksten Partei 1945–1995 / 50 Jahre CDU Hessen. Wiesbaden 1995
- » Recker, Marie-Luise: Die CDU Hessen 1945-2005 in Berding, Helmuth und Eiler, Klaus: Hessen – 60 Jahre Demokratie. Wiesbaden 2006
- » Rudolff, Wilfried: Schulpolitik und Schulkämpfe in Hessen in Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2008
- » Rüschemschmidt, Heinrich: Gründung und erste Jahre der CDU in Hessen unter Walter Hilpert in: Bernd Heidenreich und Werner Wolf: Der Weg zur stärksten Partei 1945–1995 / 50 Jahre CDU Hessen. Wiesbaden 1995
- » Schumacher, Hajo: Roland Koch – Verehrt und verachtet, Fischer Verlag, Frankfurt/M, 2004
- » Wolf, Werner: Neubeginn und Kampf um die Mehrheit. Die CDU Hessen unter Alfred Dregger 1967 – 1982 in: Bernd Heidenreich und Werner Wolf: Der Weg zur stärksten Partei 1945–1995 / 50 Jahre CDU Hessen. Wiesbaden 1995

45 Jahre
EUROPA PARK®
Zeit.Gemeinsam.Erleben.

blue fire Megacoaster powered by Nord Stream 2

2 PARKS. 1 ERLEBNIS-RESORT.

NEU



HYGGEDAL

EXKLUSIVER RUHE-
UND SAUNABEREICH
AUF 1.000 m!

 **RULANTICA**

Die neue Indoor-Wasserwelt
des Europa-Park



Tickets nur online buchbar
tickets.europapark.de



Mack
INTERNATIONAL

Darf eine Bank Werte noch wichtiger finden als Zahlen?



Wir sind so frei.

Natürlich geht es auch bei uns um Zahlen – und das schon seit unserem Gründungsjahr 1674. Aber die Erfolgsgeschichte unseres Hauses war nur möglich, weil wir stets auf der Grundlage unveränderlicher Werte agieren: Unternehmergeist, Menschlichkeit und insbesondere Unabhängigkeit von fremden Einflüssen. Sie möchten gern wissen, wie diese Philosophie auch für Sie zählbare Erfolge bringen kann? Seien Sie so frei und besuchen uns: www.metzler.com

Unabhängig seit 1674

METZLER